

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 8,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 8,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Koloni-
 gelle oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 10. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Muggsburg, H. d. G. U. i. St. 20.—, Altenburg S. A., Heber-
 schütz v. Wahlkreis 100.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise:
 1. Kreis 100.— (darunter Vierprozente Buchh. Hermann,
 Beuthstr. 8, 8,70), 2. Kreis 600.— (darunter vergütete Sylvesternacht
 v. W. 1,88, V. Schäfer u. Walker 6.—, D. W. 150.—),
 3. Kreis 200.—, 4. Kreis Südost 1084,55 (darunter Süd-West,
 Süd-Ost und Buchbinderinnenchor 15.—, Vierprozente Schriftgießerei
 von Wöllmer 50.—, organisierte Goldschmiede, Vortagspartie
 3,55, Vierprozente Ritter-Str. 47, 8.—, Hurrah,
 amerikanische Auktion bei S. 8.—), 6. Kreis Roabit 400.—,
 6. Kreis, Schön, Vorstadt 600.— (darunter alter Parteigenosse
 Buchholzerstraße 10.—, Gefundenes Nachsicht 1,15), 6. Kreis
 Bedding und Oranienb. Vorstadt 550.—, Berlin, div. Beiträge:
 Fingerringen Jombodorfstr. 4, 2.—, 2. u. S. D. 10.—, Sp.,
 Pfeiler, 10.—, Dr. L. A. 50.—, Gesammelt durch H. Sch.
 A. + G., Brunnstraße, 13,45, Tapezierwerkstatt Lands-
 berger Allee 92, 50.—, Arbeiter von Schuster u. W. 14,50,
 Rest einer Fahnenammlung am Kreuzberg 18,75, Rote Buchbinder,
 Grünstraße, 5.—, A. W. 50.—, R. S. 50.—, Zigarettenfabrik
 A. Schulz, Friedrichsfelderstr. 21, 7,30, Wohl 2.—, Wieder-
 gefundener Bruder 3.—, Amerikanische Auktion durch M. 5,50,
 Bruder M., Buchdruckerei Wading 1.—, L. M., Buchdrucker 9,40,
 Von Wittl. der U. Dr. 4.—, F., überwiesener Honorar 18.—,
 Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchdruckerei v. W. 2, 15.—, Von den
 Wittl. der „Gewerkschaft der Buchdrucker“ im „Vorwärts“ 15.—,
 Wamberg, Jäckeln Kobersb. 5.—, Bromberg, Heberschütz 30.—,
 Bern 50.—, Braunschweig, durch H. G. 448,68, Wände i. W., v.
 Gr. und Genossen 10,90, Bremen 300.—, Grimmschau, acht-
 zehnter jährl. Reichstags-Wahlkreis 300.— (darunter Sp. b. W. 1.—,
 L. d. St. 1,60, W. d. J. 1,50, J. in G. 1.—, A. 9,11, Konf. Ver. 1.—, A. M.
 Doppelt. d. G. —, 60), Erlensschlag, Heberschütz der Gemeindevorsteher-
 Wahl der Unausfülligen 2,70, Falkenberg (Oberschl.) 10.—, Greiz,
 Wahlkr. Reuß a. L. 50.—, Gießen, E. A. 10.—, Gießen, G.
 Grundzüge 1,80, Gletow, von Genossen 10.— (darunter aus
 Nachowig, Oberschl., 3.—), Gleditz b. Bremen, von Genossen 20.—,
 Hamburg, 2. Januar 1899 im „Echo“ tritt 220,30, Johann-
 georgenstadt, Weihnachtsgruß 11,05 (darunter von den Ver-
 v. Wangoldsdruh 1,05), Jüdingen, 2,400.—, Magdeburg-Budau,
 2 Genossen 10.—, Mähren, Waldhäuser 5.—, Marburg, ein Ein-
 famer 10.—, Münden-Au, von Genossen 50.—, Mannheim, von
 Genossen 200.—, Nebiges, d. d. Vertr. 30.—, Ottenen, durch Poulsen,
 18. Rate 10.—, Oshersleben — 80, Oberlangensielau, Arbeiter a.
 d. Gulenage, 100.—, Offenburg i. B., v. alten Lohnenburger 4.—,
 Ronndorf, d. d. Vertrauensmann 20.—, Reimscheid, von einem
 Metallarbeiter d. Demkl. 8.—, Stuttgart G. U. 10.—,
 Saarablen, aus dem Königreich Stumm 10.—, Sremsberg,
 von Genossen 50.—, Tschirberg a. D., R. S. 8.—, Württem-
 berg 50.—, A. J. S. 2000.—, Zwidau, 18. jährl. Reichstags-
 Wahlkreis 300.—

In der Quittung in Nr. 288 des „Vorwärts“ über die Ein-
 gänge im Monat November muß es nicht heißen Reindendorf 6.—,
 sondern Reindendorferstraße 6.—,
 Berlin, den 9. Januar 1899.
 Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Kaybachstr. 9.

Die neue Weltmacht.

Keinem Land hat das vergangene Jahr solche politischen und wirtschaftlichen Erfolge gebracht, wie den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Krieg, den die amerikanische Regierung nach erfolgloser Intervention zu Gunsten Kubas am 23. April an Spanien erklärte, nahm gleich von vornherein eine für die Union außerordentlich günstige Wendung, indem es schon am 2. Mai dem amerikanischen Admiral Dewey gelang, die spanisch-philippinische Flotte in der Bai von Manila zu vernichten. Diesem ersten Seesieg folgte weiter am 3. Juli die Zerstörung des Verbera'schen Geschwaders, als dieses nach langen felsamen Irrfahrten aus dem Hafen von Santiago de Cuba, in welchem es die amerikanische Flotte eingeschlossen hielt, zu entkommen suchte. Damit war tatsächlich der Krieg zu Ungunsten Spaniens entschieden, das nach Verlust beider Flotten sich ohne Mittel sah, seinen auf Kuba und den Philippinen befindlichen Truppen Verstärkungen und Nahrungsmittel zuzuführen. Die weiteren Kämpfe der amerikanischen Landungstruppen um Santiago hatten nur den Zweck, den Krieg, nach dessen Abschluß die amerikanische Geschäftswelt aus wirtschaftlichen Gründen verlangte, schneller zu beendigen. Am 7. August nahm denn auch die spanische Regierung die von den Vereinigten Staaten gestellten Friedensbedingungen an. Spanien verzichtete auf Kuba, trat Portorico an die Union ab und erklärte sich bereit, die Entscheidung über die Besitzverhältnisse der Philippinen einer aus spanischen und nordamerikanischen Delegierten bestehenden Kommission zu überweisen. Die Verhandlungen dieser Kommission endigten, wie bereits bekannt, schließlich damit, daß die amerikanische Regierung einfach die Philippinen für amerikanisches Besitz erklärte und die spanischen Kommissäre gezwungen der Forderung zustimmten.

Die Vereinigten Staaten gelangten dadurch in den Besitz eines Gebietes von über 423 000 Quadratkilometer, das in Zukunft nicht nur ein weites Absatzfeld für ihre Industrie und ein gutes Anlagegebiet für ihre Kapitalien zu werden verspricht, sondern ihnen auch einen höchst wertvollen Stützpunkt bietet, für die Ausdehnung ihres politischen Einflusses und Handels in Mittelamerika und in Ostasien. Bisher ist zwar noch über die Gestaltung der politischen Verhältnisse der erworbenen Gebiete nichts entschieden; will die Union nicht wortbrüchig werden, muß sie zum wenigsten Kuba die Unabhängigkeit zugestehen; doch läßt sich heute schon sagen, daß, wenn überhaupt, das Versprechen nur in einer Form

eingelöst werden wird, die den nordamerikanischen Kapitalisten die Herrschaft über die Insel sichert. Die zum Krieg treibenden Interessententligen haben von vornherein die völlige Annexion bezweckt. Dem Zuckerrust würde es ein dicker Strich durch die Rechnung sein, wenn er, der inzwischen seinen Plantagenbesitz auf Kuba bedeutend erweitert hat, gezwungen werden sollte, den auf Kuba gewonnenen Zucker zu verzollen und dadurch den erhofften Vorteil im Kampf gegen den europäischen Rübenzucker zu verlieren. Und gleich ihm haben die Juragua- und Daiquiri-Kompagnie, die Besitzerinnen der Eisenminen in der Provinz Santiago, sowie ferner die amerikanischen Anteilhaber der kubanischen Bahnen und die nach neuen Absatzmärkten ausschauenden Großindustriellen der Nordstaaten der Union ein Interesse daran, daß Kuba in das amerikanische Zollgebiet einbezogen wird. Auch den handeltreibenden Schichten der Insel selbst wäre mit einer völligen Vereinigung am meisten gebiet, da sie in solchem Fall an den hohen amerikanischen Zöllen teilnehmen und aller Wahrscheinlichkeit nach die Preise für Tabak, Kaffee, Rum u. beträchtlich in die Höhe gehen würden. Jedenfalls besteht zwischen den nordamerikanischen, wie auch zwischen den kubanischen Kapitalisten eine starke Strömung für die völlige Angliederung Kubas an die Vereinigten Staaten, und die jetzige geschäftstunne republikanische Regierung ist bereit, den Ansprüchen solcher einflussreichen Interessengruppen möglichst entgegenzukommen, wie sie erst jetzt wieder bei der Festsetzung der Ausgleichszölle gegen die europäischen Zuckerprämien und bei dem neuen Zolltarif für Kuba, der den im Juli vorigen Jahres erlassenen abzulösen bestimmt ist, bewiesen hat.

Daß Kuba wie Portorico in wirtschaftlicher Hinsicht un-
 gemein werthvolle Erwerbungen sind, ist sicher. In den drei
 Jahren vor dem Beginn des Aufstandes (1893—95) betrug
 die Einfuhr Kubas nach den Vereinigten Staaten:

1893 =	78,7 Millionen Dollars,
1894 =	75,6
1895 =	52,8

Von diesen Summen entfallen ungefähr vier Fünftel auf
 Zucker und ein Siebentel auf Tabak und Zigarren. Von
 Wichtigkeit ist auch der Eisenreichtum Kubas; da das kubanische
 Eisen wegen seiner besonderen Qualitäten sich vorzüglich für
 die Stahlproduktion eignet. Zwar betrug vor dem Aufstand
 der Werth der Einfuhr in die Union nur 600 000 bis
 700 000 Dollars jährlich — die Hauptmasse ging nach
 Pittsburg, Steelton, Sparrow's Point und Bethlehem —
 doch kann die Ausbeute leicht um ein Vielfaches erhöht
 werden, und tatsächlich hat sich denn auch noch kurz vor
 Schluß des Jahres ein New-Yorker Syndikat zur Ausdehnung
 des Minenbetriebes in der Provinz Santiago gebildet.

Dieser Einfuhr gegenüber belief sich die Ausfuhr der Ver-
 einigten Staaten nach Kuba 1893 auf 24,1, 1894 auf 20,1,
 1895 auf 12,8 Millionen Dollars, während der Export
 Spaniens sich in den betreffenden Jahren auf 24,6, 22,2 und
 26,2 Millionen Dollars stellte. Wird Kuba dem Zollgebiet
 der Union einverleibt, dann ist mit Sicherheit darauf zu
 rechnen, daß der größte Theil dieses spanischen Exports,
 der in der Hauptsache aus katalanischen Textil-
 fabrikaten bestand, fast ganz auf die Union übergeht;
 denn die spanische Ausfuhr nach Kuba hat sich nur da-
 durch auf der angegebenen Höhe gehalten, daß spanische
 Waaren zollfrei eingingen. Ebenso wird aller Wahrscheinlichkeit
 nach auch ein bedeutender Theil des englischen und deutschen
 Exports — der letztere belief sich, soweit er über Hamburg
 ging, 1893 auf 5,3 Millionen, 1894 auf 2,2 Millionen Mark —
 an die Union übergehen.

Nicht so gut stehen die Aussichten auf den Philippinen.
 Vom kapitalistischen Standpunkte aus wäre es weit vortheil-
 hafter für die Union gewesen, wenn sie doreist nicht das ganze
 Gebiet der Philippinen beansprucht, sondern nur die an die Bai
 von Manila grenzenden Provinzen Luzon's und eine der
 wichtigsten Inseln der Bisayas-Gruppe, vielleicht Cebu, in Besitz
 genommen hätte, im Uebrigen aber den Eingeborenen eine
 gewisse politische Autonomie unter amerikanischem Schutz und
 unter günstigen Bedingungen für den amerikanischen Handel
 eingeräumt hätte. In wenigen Jahren wäre in Folge der
 zwischen den Eingeborenen bestehenden Rassen- und Interessen-
 gegensätze doch höchst wahrscheinlich der ganze Archipel an die
 Vereinigten Staaten gefallen. Indes, die amerikanischen
 Weltmachtspolitik verpürten keine Neigung für ein solches
 Abwarten; sie sind bereit, den erforderlichen Preis an Blut
 und Geld für die „Besitzung“ des Landes zu zahlen.
 Es ist ja nicht ihr Blut, das sie auf dem „Altar des Vater-
 landes“ zu opfern willig sind. Welche wirtschaftliche
 Entwicklung die Kolonie in den nächsten Jahren nehmen wird,
 läßt sich deshalb schwer voraussagen, und ebensowenig, wie
 weit es den amerikanischen Exporteuren gelingen wird, den
 Handel, den Spanien bisher mit den Philippinen getrieben
 hat, für sich einzufangen. Bis jetzt stand England obenan,
 darauf folgte Spanien, dann die Union; doch erreichte nur
 die Ausfuhr von dem Archipel nach den Vereinigten Staaten
 eine relativ hohe Ziffer. Der Import amerikanischer Erzeug-
 nisse ist stets weit hinter dem deutschen Einfuhrhandel zurück-
 geblieben. In den Jahren vor der Insurrektion 1895 und
 1896 betrug der letzte jährlich über 700 000 Dollars, der
 amerikanische nur 119 000 respektive 162 000 Dollars.
 Für 1897 stellte sich der Import amerikanischer
 Waaren in den Archipel auf 94 597 Dollars, der Export auf

4 388 740 Dollars, der englische Import auf beinahe 2 Millionen
 Dollars, der Export auf nicht ganz 6 1/4 Millionen. Ueber den
 Außenhandel Spaniens mit der Kolonie im vorvorigen Jahre
 liegen genaue Nachweise noch nicht vor, 1896 betrug die Ein-
 fuhr von Spanien 8 261 911 Pesos, die Ausfuhr nach Spanien
 4 595 345 Pesos.

Außer diesen größeren Gebieten haben die Vereinigten
 Staaten von Nordamerika auch noch den Hawaii-Archipel im
 abgelassenen Jahre annektirt, der in Wirklichkeit schon seit
 Langem unter der Herrschaft der amerikanischen Pflanzler stand.

Die Machtstellung, welche die Union durch diese Er-
 werbungen im Stillen Ozean, speziell aber in Ostasien, er-
 langt hat, ist nicht ohne Rückwirkung auf die dortigen politi-
 schen Verhältnisse geblieben. England, das seit Jahren sich
 in seinem Widerstand gegen die ostasiatische Ausdehnungs-
 politik Rußlands vereinzelt fühlte, hat die Gelegenheit zu An-
 näherungsverfuchen an die Vereinigten Staaten benutzt, die
 zu einem vorläufigen Freundschaftsverhältnis zwischen
 beiden verwandten Nationen geführt haben; jedoch
 ist in diesem Verhältnis England der ausschließlich
 Gebende, während die Union sich in der Rolle
 einer spröden Schönen gefühlt, welche die Liebesflungen
 ihres reichen Freundes halb gleichgültig über sich
 ergehen läßt. — vielleicht in der richtigen Erkenntnis, daß
 das zärtliche Gefühl des lieben Freundes schon erkalten wird,
 sobald im Konkurrenzkampf um den ostasiatischen Absatzmarkt
 die Interessengegensätze schärfer hervortreten.

Nicht minder günstig ist das Bild der inneren wirt-
 schaftlichen Entwicklung der Vereinigten Staaten
 im abgelassenen Jahr. Der Dingley-Tarif, der, welche Nach-
 theile er auch sonst haben mag, doch die industrielle Ent-
 wicklung ungemein gefördert hat, dann die sehr gute Getreide-
 und Baumwollen-Ernte im vorvorigen und vorigen Jahr, dazu
 die schnelle und glückliche Beendigung des Krieges: alle diese
 Faktoren haben äußerst belebend auf die allgemeine Ge-
 schäftslage eingewirkt. Der Erfolg war ein weiteres Zurück-
 gehen der Bryan'schen Silberbewegung, selbst in den Farmer-
 distrikten. Bei den Legislativwahlen im Anfang November
 erlangten sowohl im Senat als im Repräsentantenhaus die
 Republikaner eine starke Majorität.

Besonders auffallend ist die große Zunahme des Exports
 und der Rückgang der Einfuhr fremder Erzeugnisse im ver-
 gangenen Jahr. Für das vom 1. Juli 1897 bis 30. Juni
 1898 laufende Finanzjahr stellt sich der Werth der Ausfuhr
 auf rund 1231 Millionen Dollars, der Werth der Einfuhr da-
 gegen nur auf 616 Millionen.

Zum Theil hängt zweifellos dieses Resultat mit den
 Einfuhr-Erleichterungen des Dingley-Tarifs zusammen, zum
 anderen Theil beruht es darauf, daß die amerikanische Groß-
 industrie selbst in solchen Branchen, die bei uns theilweise
 noch halb handwerksmäßig betrieben werden, zur Massen-
 produktion übergeht. Am höchsten steht der Erfolg in der
 Metallindustrie, speziell in der Stahl-, Eisen-, Maschinen- und
 Werkzeugfabrikation, ferner in der Textilindustrie, vorweg der
 Baumwollwaaren-Branche. Die zu großen Syndikaten ver-
 bundene amerikanische Eisenindustrie macht der englischen nicht
 nur in deren Absatzgebieten in Südamerika und Ostasien
 Konkurrenz, sondern beginnt auch in Europa, ja in England
 selbst festen Fuß zu fassen.

Was die südamerikanischen Staaten anbelangt, so ist bis-
 her der Einfluß der nordamerikanischen Industrie und des
 Yankee-Kapitals am wenigsten in Brasilien zu verspüren, theils
 wohl wegen der traurigen Lage, in welcher sich das Land in
 Folge der inneren Wirren und der Eifersüchtigkeiten zwischen
 den einzelnen Staaten befindet, theils weil hier das englische
 und das deutsche Kapital sich eine starke Position erobert hat.
 Das in Banken, Eisenbahnen und privaten Unternehmungen an-
 gelegte deutsche Kapital in Brasilien wird auf über 600 Millionen
 Mark berechnet, während das deutsche Kapital in Venezuela
 auf etwa 200 Millionen, das in Mexiko auf 180 Millionen,
 das in Chile auf knapp 100 Millionen veranschlagt wird.
 Dagegen haben in Uruguay, in Argentinien, Chile und
 Columbia die Vereinigten Staaten sich die Waarenmärkte, die
 sie in den vorausgegangenen Jahren erobert haben, nicht bloß
 zu erhalten gewußt, sondern noch neue hinzugewonnen.
 Vorwiegend vollzieht sich hier das Vordringen der Union auf
 Kosten Englands. Deutschlands Handel bleibt vorläufig ziem-
 lich in seiner alten Stellung, kommt aber kaum vorwärts.
 In Argentinien hat sich im Ganzen die Finanzlage etwas
 gebessert, das Goldagio ist bedeutend gefallen. Dagegen
 hat sich Chile, das sich früher der besten Verwaltung unter
 allen südamerikanischen Staaten erfreute, durch seine mili-
 tärischen Rüstungen gegen Argentinien und seine Währungs-
 wirren immer tiefer in den Sumpf hineingearbeitet. Das
 spiegelt sich deutlich im Kursverth des Peso wieder, der auf
 12 1/2, also um ca. 30 pCt. gesunken ist.

In Mittelamerika hat sich die Vereinigung der drei
 kleinen Republiken Nicaragua, Salvador und Honduras zu
 einem größeren Staatenbund, der „Republica mayor“, kaum
 nach Inkrafttreten des Vertrages wieder aufgelöst. Die
 beiden ersten Staaten wie auch Costarica befinden sich
 auf dem besten Wege, das zu werden, was Honduras schon
 seit langem ist: eine von der Union aus geleitete auf Yankee-
 Kapital gegründete staatliche Aktiengesellschaft. Auch in Mexiko
 bringt der nordamerikanische Handel stetig vor, gefördert durch
 den Ausbau des die Union mit Nord-Mexiko verbindenden
 Schienenweges, während sich gleichzeitig im Innern des Landes

eine durch nordamerikanisches Kapital unterstützte einheimische Industrie zu entwickeln beginnt.

Die stetige Ausbreitung des amerikanischen Handels an der Pazifikküste und in Ostasien haben, nachdem das Panama-Kanal-Projekt so möglich geseitert ist, den Blick der beteiligten Handelskreise wieder auf das alte Projekt zurückgeleitet, einen den atlantischen mit dem stillen Ozean verbindenden Schiffsfahrtskanal unter Benutzung des Nicaragua-Sees und des östlichen Laufs des San Juan-Flusses herzustellen. Die zur Vorprüfung niedergesetzte Kommission schätzt die Kosten für den Kanal auf 200 Mill. Dollars. Zur Zeit macht sich von Seiten der Interessenten einiger der größeren transkontinentalen Eisenbahngesellschaften, die eine Verminderung des Bahnfrachtverkehrs nach dem Westen befürchten, noch eine gewisse Gegenagitatio gegen das Projekt bemerkbar, doch werden sie schließlich dessen Durchführung hintertreiben können. Der Kanal ist eine Nothwendigkeit, wenn die Union die neugeschaffene Lage richtig ausnützen will. Er würde dem industriellen Osten der Union eine billige Frachtverbindung nach dem Westen und den freien Zugang nach Ostasien und Ozeanien sichern und zugleich den Vereinigten Staaten ermöglichen, im Kriegsfall ihre in beiden Ozeanen stationierten Flotten schnell zu vereinen.

Hat so das vergangene Jahr der Union Erfolge über Erfolge gebracht, so läßt sich doch andererseits nicht verkennen, daß die ungemein rasche Entwicklung der Metall- und Textilindustrie bereits in einigen Artikeln mit einer Ueberproduktion droht, die jedenfalls die Neigung zu neuen Trübsbildungen, die gegen Schluß des alten Jahres sich zeigte, im beginnenden neuen Jahr noch mehr verstärken wird. Zudem aber dürfte die Angliederung Kubas und Portorico's mit ihrer durch die spanische Willkürherrschaft torrumpirten farbigen Bevölkerung den korrupten Elementen des nordamerikanischen Freistaats, die schon jetzt im öffentlichen Leben desselben eine so widerliche Rolle spielen, noch weiteren Spielraum schaffen, ganz abgesehen von den Gefahren, welche für ein republikanisches Staatswesen die Unterhaltung eines großen Söldnerheeres mit sich bringt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Januar.

Vier Jahre Gefängniß.

Ein selbst in der Aera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse ganz außerordentliches Urtheil ist von dem Magdeburger Landgericht gefällt worden. Der Redakteur August Müller von der „Volkstimme“ ist wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Prinzen Eitel Fritz — unter Einrechnung einer früher schon gegen ihn verhängten Strafe von zehn Monaten — zu vier Jahren einen Monat Gefängniß verurtheilt worden.

Die Anklage richtet sich gegen eine kleine Erzählung des Blattes, in der eine Unterhaltung eines Prinzen in Bagdad mit seinem Hofmeister und sodann mit dem Herrscher des Landes mitgetheilt wird. Das Gericht nahm an, daß die Erzählung deutsche Zustände behandelte und schwere Beleidigungen enthalte.

Der Angeklagte war in der Lage, mehrere Zeugen vorzuführen, die aussagten, daß er am Tage des Erschensens der betreffenden Nummer des Blattes nicht in der Redaktion anwesend gewesen sei. Trotzdem hielt ihn damals das Gericht für verantwortlich.

Es ist für uns kein Zweifel: Ein Unschuldiger ist verurtheilt worden.

Aber wenn auch das Gericht ihn nach bester Ueberzeugung für schuldig halten mochte, so ist das Maß der Strafe doch ein so ungeheuerliches, wie man es selbst in der Stadt, wo der Klassenkampf zwischen Proletariat und Kapitalistenklasse so heftig tobt, nicht hätte für möglich halten sollen, wie man es selbst nicht hätte erwarten sollen von einem Gerichtspräsidenten, der, wie der Landgerichtsrath F r o m m e — der die Verhandlung leitete — wegen seiner gegen die Sozialdemokratie gerichteten Bemerkungen im offenen Gerichtssaale mehrfach von sozialdemokratischen Parteigenossen als Richter abgelehnt worden ist.

Fast vier Jahre Gefängniß wegen einer Beleidigung des Kaisers und eines Prinzen. Durch das Magdeburger Urtheil ist bewiesen, daß die Reaktion in deutschen Landen bereits die höchsten Höhen zu erklettern verstanden hat.

Ein kleiner Johann Jacoby

möchte anscheinend der zweite Vizepräsident des Reichstages, Herr Reinhart Schmidt, sein oder werden; denn er hat, wie ein ihm nahestehendes Blatt, die Silberfelder „Neuesten Nachrichten“, verkündete, gegen eine Meinung des Kaisers eine allerdings äußerst maßvolle, beinahe gar nicht mehr oppositionell aussehende Einwendung Kluge in Kluge zu äußern gewagt.

Das erwähnte Blatt erzählt nämlich nachträglich einige merkwürdige Einzelheiten über den bereits viel besprochenen Empfang des Reichstagspräsidenten beim Kaiser. Zunächst erscheint Herr v. Ballestrem in seiner ganzen militärischen, beinahe feenhaften Gardendracht:

„Es ist sonst üblich gewesen — und auf diese Kundgebung selbstbewußter Würde hat bisher noch kein Reichstagspräsident verzichtet —, daß die Vorstellung des Präsidenten durch einen hohen Hofbeamten erfolgt. Herr Graf Ballestrem aber schritt, ohne die Vorstellung als freier Bürger und Repräsentant einer souveränen Körperschaft abzuwarten, sofort, als er des Kaisers ansichtig wurde, auf diesen zu, schlug seine schweren Kürassierstiefel dröhnend aneinander und meldete sich und das übrige Präsidium in der militärischen Form, die sonst wohl üblich ist, wenn ein im Dienstrang niedrig Stehender seinem Vorgesetzten einen Rapport erstattet mit dem Einleitungswort: „Ein Offizier und zwei Unteroffiziere zur Stelle.“

Nachdem bergestalt die Militärgevalt zu ihrem Recht gelangt ist, tritt nun zu wirksamem Gegenschlag die Zivilgevalt in der Person des freisinnigen Reinhart Schmidt auf:

Der Kaiser hat sich dann, wie bekannt, über die Militärvorlage geäußert. Er wies auf Anstand hin und bemerkte bei Erwähnung der dortigen Heeresreformen, in wie ungleich günstigerer Situation sich doch der Zar ihm gegenüber befinde. Der Zar beschlo einfach und dann würde ohne Weiteres ausgeführt, was er im Interesse seines Landes für möglich und notwendig erachte; er aber könne das nicht er müssen erst den Reichstag fragen, ob er auch ausführen dürfe, was er für Deutschlands Größe und Machtstellung für erforderlich halte. Da antwortete der freisinnige zweite Vize-

präsident, Herr Reinhart Schmidt, daß in Bezug auf die Opferbereitschaft für Heereszwecke die nationale Gesinnung bei allen Parteien des Reichstags die gleiche sei, keine Partei könne einen besonderen Vorzug hinsichtlich des monarchischen Bewußtseins und ihrer dynastischen Anhänglichkeit in Anspruch nehmen; aber er erachte es für die Pflicht des Parlaments, gewissenhaft zu prüfen, ob das Volk die geforderten Lasten auch tragen kann.

Der Graf Ballestrem und Herr v. Frege sollen bei diesen Betrachtungen des Herrn Schmidt „sehr verbüßt darenin gesehen“ haben. Das begreifen wir. Denn Herr Schmidt hat offenbar ganz zusammenhanglos geantwortet, vielleicht in einem Anfall von Hysterie. Auf absolutistische Betrachtungen antwortet man doch nicht mit „dem schönen Ausblick auf das unentwegt monarchische Bewußtsein“ und die volle und ganze „dynastische Anhänglichkeit“ der freisinnigen Volkspartei!

Aber Herr Reinhart Schmidt ist offenbar stolz darauf, daß er überhaupt in solcher Umgebung Worte schlichterer Einwendung gegen eine vom Kaiser gar nicht geäußerte Behauptung gefunden hat. Die Geschichte des Bürgerthums der letzten fünfzig Jahre zeichnet sich in dieser freisinnigen Selbenthät ab. Das epigrammatische Sprechen hat sich unser Bürgerthum gründlich angewöhnt, und eigentlich ist das knappe Zusammenschlagen der Hacken und Waden wirksamer als dieses feurige Bekenntniß geradsinnigen, aufrechten, mannesstolzen — Hyganitismus. Und der König absolut — wenn er unseren Willen thun, ist die Lösung des Junkturs. Der freisinnige Bürgermann aber sagt höflich und ungenügend: Der König absolut — namentlich, wenn er nicht unseren Willen thun. Er behauptet seine monarchistische Gesinnung, wenn der Monarch die Vorzüge des Parismus preist!...

Auch von der Palästina-Reise hat der Kaiser gesprochen. Er theilte mit, daß ihm Klagen vorgetragen seien über Unbuhmlichkeiten von griechisch-katholischer Seite; mehrfache Vorstellungen bei dem französischen Generalkonsul seien ohne Erfolg geblieben. Da habe er dann gesagt, daß, wenn die römischen Katholiken wieder einmal Anlaß zu Beschwerden hätten, sie diese auch dem deutschen Generalkonsul unterbreiten möchten; dieser sei von ihm angewiesen worden, über dergleichen Vorkommnisse ihm direkt zu berichten und vorkommenden Falls würde er dann sofort nach Petersburg schreiben; „unter Kollegen erledigt sich so etwas besser.“

Was hierauf Reinhart Schmidt gesagt, das verschweigt die Geschichte.

Die ungarische Krise.

Budapest, 8. Januar.

Die Krise ist noch nicht entschieden und wenn man offiziellen Wiener Meldungen glauben dürfte, stünde eine Lösung noch in weiterem Felde. Aber man weiß, was es bei uns heißt, die Stellung eines Kabinetts sei unerschütterlich und unerschütterlich. Jedermann erinnert sich noch, daß am Morgen des 28. November 1897 Wadani offiziell das unerschütterliche Vertrauen des Kaisers bezug und am Nachmittag desselben Sonntags ein todter Mann war. Daß sowohl in Cis als in Trans die Minister gewöhnlich so lange gehalten werden, bis ihnen absolut kein Fehler und kein Verbrechen mehr zu begehren übrig bleibt, ist wahr, aber Herr Banffy ist eben bereits so weit und darum absolut reif. Am Wiener Hofe wird man sich klar darüber werden müssen, daß Banffy nur gehalten werden kann auf Kosten des verfassungsmäßigen Lebens in Ungarn und was dort weit schwerer wiegt auf Kosten der Dynastie. Darum wird Banffy fallen, seine Tage sind gezählt; Habsburg hat ja noch immer nachgegeben, wenn auch immer zu spät.

Was dann kommt ist unberechenbar. Daß der Ministerwechsel auch einen Systemwechsel, die Befestigung der korrupten liberalen Herrschaft und eine gründliche demokratische Verfassungsreform bedeuten werde, wagen nur Optimisten zu hoffen.

Eine telegraphische Meldung des „Bureau Herold“ aus Budapest vom Montag besagt:

Die hierher zurückgekehrten Minister beobachten über das Ergebnis der in Wien unter Vorsitz des Kaisers stattgefundenen Konferenzen das strengste Stillschweigen. Trozdem gilt es als sicher, daß das Abgeordnetenhause verlagert werden wird, um mit den Führern aller Parteien Verhandlungen wegen der parlamentarischen Erledigung des Ausgleichs anzubahnen.

Das bedeutet: Der Hof ist bereit, den Banffy preiszugeben, wofür die ungarischen Oppositionsparteien eine Lösung der Ausgleichsfrage garantiren wollen.

Beaurepaire I.

Ist der Ketter da, nach dem das Militärhändikat der Kaiser seit Monaten schmachtet? Jetzt, wo sie auf des Rasirmessers Schneide lädel gebettet sind, kommt ihnen eine unerwartete Hilfe — Hilfe aus dem Lager des Todfeindes, mitten aus dem Kassationshof. Herr Quesnay de Beaurepaire, einst der grimmige Generalstaatsanwalt im Panama-Prozess, jetzt Kammerpräsident des Kassationshofs, hat an den Justizminister ein offenes Schreiben gerichtet, in dem er auseinandersetzt:

„Er habe als Chauvinist und ehemaliger Soldat schwer darunter gelitten, daß die Strafkammer des Kassationshofs sich gegen die Armeesoldaten zu Gunsten von Verräthern verhalte. Es seien arge Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Er habe die Untersuchung verlangt, dieselbe sei jedoch niemals ernst gewesen. Der Präsident der Strafkammer des Kassationshofs Loew und der Richter Richter hätten ihn beschuldigt, daß er seinen Kollegen demüthigte. Er habe dem Justizminister eine neue Erklärung überandt, jedoch keine Antwort erhalten. Dagegen sei die offizielle Note veröffentlicht worden, welche eine Rechtfertigung Bard's enthielt. Darauf habe er seine Demission eingereicht. Er habe in der Panama-Affäre. Am Schluß der Erklärung sagt Beaurepaire, man werde jetzt endlich durch seine unerbittlichen Enthüllungen die Panamageschichte kennen lernen, deren Opfer er gewesen sei, morgen werde er die Unrichtigkeit der offiziellen Note über den Zwischenfall Bard-Bicquart darlegen. Er werde, was auch immer geschehen möge, seine Sache gerecht verteidigen und die Nichtigkeit des bevorstehenden Urtheils der Kriminalkammer beweisen, er werde die Armeesoldaten und deren Führer für die Klüßeln rächen, welche sie schweigend ertragen und er werde ebensowenig wie im Jahre 1870 vergessen, daß das Vaterland in Gefahr sei.“

Herr Beaurepaire wird die Henry und Esterhazy rächen. Er wird furchtbare Enthüllungen der Welt, die längst gegen Enthüllungen abgestumpft ist, darbieten. Ein allerallergeheimstes Dossier ist bereits fertig und fertig, zur Anprobe bereit!

Beaurepaire hatte den Untersuchungsrichter in Sachen Bicquart's, Bard, fälschlich eines inforrekten Verhaltens beschuldigt. Es ward erwiesen, daß die Demunziation gänzlich unbegründet gewesen. Darum rächt nun Beaurepaire die Armeesoldaten, es scheint ein Naturgesetz der gegenwärtigen französischen Entwicklung zu sein, daß jeder, der eines Vergehens über-

führt ist, und wäre es auch nur eine kleine falsche Demunziation, sich zum Rächer der Armeesoldaten aufwirft.

Herr Beaurepaire fällt seinen Kollegen vom Kassationshof in den Rücken, er protestirt gegen den Spruch, der noch gar nicht gefällt ist, er sucht den Weg der Gerechtigkeit durch Drohungen zu versperren. Wird ihn die Gasse erhören? Ist er der Mann der That, dessen die militärisch-kerikal-monarchistische Sippe bedarf? Ist Beaurepaire reif, eine I hinter seinen Namen zu setzen, er der Ankläger der Panamisten von ehemals und jetzt ihr „Rächer“?

In der Kammer ist bereits eine Interpellation über den Fall Beaurepaire angekündigt. Der Dreyfußhandel ist um eine neue Sensation bereichert.

Und doch, wir glauben: die Wahrheit ist nicht nur auf dem Marsch, sie ist nahe am Ziel. Beaurepaire ist zu spät gekommen. —

Das Protokoll der Anarchisten-Konferenz — Klagt die halbamtliche Politische Korrespondenz — hat die Unterchrift des englischen Delegirten nicht erhalten! Entsetzlich! Aber die Engländer sind nun einmal praktische Leute, und ein praktischer Mann setzt seinen Namen nicht auf und unter Rekalatur. —

Deutsches Reich.

Skavenhandel in Deutsch-Afrika?

Der frühere Afrikareisende G. A. Krause in Charlottenburg hat eine Petition an den Reichstag gerichtet, in der er behauptet, daß seit jeher und bis auf die jegliche Zeit trotz aller amtlichen Ablehnungen in Togo Skavenhandel in großem Umfange betrieben werde. Der Petent, dem wir allerdings die Verantwortung für seine Behauptungen überlassen müssen, greift besonders den früheren Kommissar für Togo, jetzigen Gouverneur von Kamerun Jeslo v. Puttkamer an, weil er wahrheitswidrig in amtlichen Berichten erklärt habe, es gebe in Togo keinen Skavenhandel. Der Reichstag sei systematisch getäuscht worden. Herr Krause führt eine Reihe von Beweisen für seine Behauptungen an, die, wenn sie zutreffen, allerdings als sehr belastend angesehen werden müssen. Er erucht schließlich den Reichstag, er möge die Regierung auffordern, ihre Pflicht gegenüber dem Skavenhandel in Togo zu thun und ein Strafverfahren gegen Jeslo v. Puttkamer wegen fälschlicher amtlicher Berichterstattung und Begünstigung des Skavenhandels sowie gegen andere Kolonialbeamte, die mitschuldig seien, einzuleiten, oder aber gegen ihn, den Petenten wegen Verleumdung einzuschreiten.

Es ist kein Zweifel, daß die Anklagen des Herrn Krause im Reichstage zur Sprache kommen werden. —

Zentrums-Hoffnungen. Die „Germania“ findet die Nachricht sehr wahrscheinlich, daß der Bundesrath sich diesmal dem Antrage des Reichstages anschließen werde, den § 2 des Jesuiten-Gesetzes (Internirung und Expatriirung) aufzuheben. — Wir haben nichts dagegen.

Das Zentrum ist überhaupt äußerst hoffnungsvoll und zufrieden. Selbst Herr Vosadowitz, der Großinquisitor, der uns Sozialisten gern auf seinem Vitaten-Scheiterhaufen schmoren läßt, scheint unseren Ultrationalmontanen ein Ausbund von Wahrheit, Freiheit und Recht. Ging da neulich das aufregende Gerücht um, das Zentrum plane so eine Art Budgetverweigerung im Kleinen, indem es beantragen werde, das Gehalt des Staatssekretärs Vosadowitz um 6000 M. zu kürzen. Das demokratisch pfuschende Zentrumblatt am Rhein, die „Rheinische Volkszeitung“, erklärt die Nachricht für völlig erfunden und bemerkt dabei höchst bezeichnend, daß ein derartiger Antrag nur den Sinn einer Demonstration haben könne. „Zu einem solchen Vorstoß gegen den gegenwärtigen Staatssekretär des Innern liegt zur Zeit nicht der mindeste Anlaß vor.“

Angehts dieser Verurtheilungen einer Regierungsbegeisterung, die selbst an einen Vosadowitz nicht das Mindeste anzufetzen hat, möchten wir fast dem Zentrum einen Kulturlampfenminister wünschen. Die Jesuiten sollen willkommen sein, aber die Jesuiten als Regierungspartei — das ist zu viel des Guten! —

Der vielbelegte „Oberpräsidenten-Mangel“ wurde kürzlich in einer offiziellen Korrespondenz der „Münchener Allgemeinen Zig.“ mit der Bemerkung zu erklären gesucht, daß „das Maß der Anforderungen an jede derartige Stellung mit den Jahren ganz außerordentlich gewachsen sei“. Demgegenüber schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Wir geben im folgenden eine Zusammenstellung der gegenwärtigen preussischen Oberpräsidenten:

Ostpreußen:	Graf v. Bismard-Schönhausen
Westpreußen:	v. Gohler
Brandenburg:	v. Lindenbach
Pommern:	v. Puttkamer
Posen:	v. Wilamowit-Möllendorff
Schlesien:	Fürst v. Sayfeld-Trachenberg
Sachsen:	v. Voettcher
Schleswig-Holstein:	v. Koeller
Hannover:	Graf v. Stolberg-Wernigerode
Westfalen:	Stadt
Ober-Rhein:	Graf v. Jelditz-Krützschler
Alpenprovinz:	Rahe

Aus dieser Tabelle erseht man auf einen Blick, auf welche Kreise man sich beim Ausuchen der Oberpräsidenten beschränkt. Mit Ausnahme von zwei sind sie sämmtlich Fürsten, Grafen und Barone. Nun mag man die Fürsten, Grafen und Barone und sonstigen Adligen noch so hoch schätzen, auf ein ganzes Prozent des deutschen Volkes kann man sie sicher nicht schätzen. Wenn man in den übrigen 99 Prozent des deutschen Volkes suchen würde, so würde man ganz gewiß die tüchtigsten Elemente finden, die man in jenem engen Kreise so schmerzlich vermißt.“

Arbeiter als Assistenten im Bergbau-Aufsichtsdienst? Wie gemeldet wird, hat sich die Regierung im verfloffenen Sommer mit der Ausgestaltung des Bergbaupolizeilichen Aufsichtsdienstes beschäftigt, der die Sicherheit der Baue, des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter zu überwachen hat. Mit dieser unmittelbaren Staatsaufsicht sind gegenwärtig 66 Bergrevierbeamte betraut; diesen gedachte die Gewerbeverwaltung Reviere unterbeamte beizugeben, die im praktischen Dienste erprobt sind. Dem Vernehmen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nach sind in dem nächstjährigen Staatshaushalt-Etat 60 solcher Beamtenstellen zum ersten Mal ausgedacht.

In England, Frankreich und Belgien sind längst Arbeiter zur Kontrolle für den Aufsichtsdienst im Bergbau herangezogen worden, und es ist dringend an der Zeit, daß man in Preußen endlich diesem Beispiel folge. Vermuthlich ist in der obigen Mittheilung von solchen Arbeiter-Assistenten die Rede. Zu wünschen ist nur, daß man den Bergleuten selbst das Recht überträgt, die betreffenden Arbeiter-Assistenten zu wählen, weil die Arbeiter am besten wissen, welche ihrer Kollegen die nöthige Erfahrung über die dem Bergmann drohenden Gefahren haben. Auch kommt es darauf an, wenn die Einrichtung wirksam sein soll, daß man die Zahl der Arbeiter-Assistenten nicht allzu niedrig hält. —

Internationale Höflichkeit. Allgemein bemerkt wurde vor einigen Tagen ein Besuch, den der französische Botschafter dem Kaiser in Potsdam machte. Am Sonntag stattete nun der Kaiser dem französischen Botschafter einen unerwarteten Gegenbesuch ab. Der Kaiser kam nachmittags um 6 Uhr aus Potsdam hier an und begab sich vom Bahnhofe aus sofort in die französische Botschaft, wo er vierzig Minuten verblieb.

Solche Höflichkeit im Verkehr zwischen der französischen und der deutschen Regierung resp. dem deutschen Kaiser ist bisher seit dem Kriege kaum dagewesen und ist für die Verwischung der offiziellen Beziehungen beider Länder immerhin beachtenswerth.

Die aus dem Bismarck-Mausoleum inspirierten „Hamburger Nachrichten“ lesen dem Leipziger Verleger Grunow gründlich den Text, weil er die Bismarck'schen Bismarck-Memoiren deutsch herauszugeben beabsichtigt:

Wenn Bismarck also in den 20 Jahren 1871—91 ein angebliches Tagebuch über den Fürsten Bismarck geführt haben will, so muß dieses zum weitaus größten Teil mit Klatsch ausgefüllt worden sein, den er in Bismarckshäusern, Wohnzimmer oder Dienststuben aufgeschrieben hat. Naiv, um nicht mehr zu sagen, klingt es, wenn in dem Grunow'schen Aufsatz S. 7 gesagt ist, Bismarck's Gedächtnis hätte ihn nur in Einzelheiten im Stich gelassen, und darauf läme es nicht an; denn es ist kaum begrifflich, daß jemand nach der vernichtenden Kritik der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ vom 13. Oktober v. J., die Bismarck mehrere hundert grobe Fälschungen und Fehler nachwies, noch die Sitten haben kann, von „Einzelheiten“ zu sprechen.

Nach unseren früheren Auslassungen zu der englischen Uebersetzung Bismarck's brauchen wir uns mit Herrn Grunow nicht weiter zu befassen. Erwähnenswert dürfte nur noch sein, daß Häufig Bismarck die von Herrn Grunow verlegten „Grenzboten“ schon vor mehreren Jahren zurückgeschickt und sich deren fernere Zulassung verweigert hätte.

Wenn die „Hamburger Nachrichten“, statt sich aus dem Grabe Bismarck's herauszuheben, lieber in ihren eigenen früheren Jahrgängen blättern würden, so könnten sie daselbst eine überauswichtige Fuldigung für den authentischen Interpreten Bismarck's, für Moritz Busch finden. Entweder haben sie also damals geschwindelt, oder aber sie können es jetzt nicht vertragen, daß Busch uns Bismarck nach zu zeigen wagt.

Janche, Ohnang! Die Neujahrskarte des Berliner Magistrats an den Kaiser ist wieder in einem Stil abgefaßt, der selbst einem abgeharteten Kaiser einen Ohnmachtsanfall verursachen könnte. Der Magistratsrat ist unserer oberbürgermeisterlosen Stadt schweigend wie folgt in tropischer Stillsitzenpracht:

In den Tagen des zweiten Gegenstands Curer Kaiserlichen und Königlich-Majestät so reich gegangenen Herrscherlaufbahn fiel, wie ein leuchtender Strahl aus fernem andern Welten, jener völkerverbindende Gedanke, der, von dem Beherrscher des großen Reiches zuerst ausgesprochen, bei Curer Majestät freundliches Entgegenkommen, in deutschen Landen freudigen Widerhall fand. Möchte es Curer Kaiserlichen und Königlich-Majestät voller Thätigkeit im Vereine mit den betreuten Herrschern der zivilisierten Nationen gelingen, den gütlichen Gedanken, soweit es die Sicherheit und Würde der Nation gestatten und menschliche Verhältnisse es zulassen, der Verwirklichung näher zu führen. Haben doch Curer Majestät im heiligen Lande, angeht des Schmerzensweges des erhabenen Stiefers der christlichen Religion, den Völkern, Nationen und Konfessionen, die bei heiser Verehrung der heiligen Stätten oft genug des Grundgedankens des Christentums uneingedenk geblieben sind, die unerschütterlichen Grundlagen desselben, Duldung und selbstlose Nächstenliebe an allen Menschen, in zündenden Worten und hebeitsvollen Thaten wieder und wieder vor Augen gestellt!

Gleichwohl ist Herr Kirchner immer noch nicht Oberbürgermeister! Was werden wir noch an „leuchtenden Strahlen“ magistraler Schriftstellerei — das „Leuchtend“ wird hinzugesetzt, auf daß man nicht etwa an X-Strahlen denken möchte — erleben, wenn die Zeit des Ganges und Wagens in schwebender Bein nicht bald aufhört. Jedenfalls ist der Verfasser von dem Schicksal Kirchner's stark ergriffen, wenn wir auch einen Teil des Schwungs auf das Bemühen des Autors setzen, der gesammten Welt der Schulpflichtigen zu zeigen, wie man Anno 1899 patriotische Aufsätze schreiben müsse.

Wir haben allerdings den Eindruck, als ob der Kaiser in seiner Antwort den Aufsatz mit einigen kritischen rothen Kreuzen und Strichen versehen hat — ein Trost für die Kleinen, die kein Talent für deutsche Arbeiten haben, daß selbst ein Stadt-Schulrath vor seinem höheren Richter nicht mit der besten Note bestraft. Der Kaiser verbindet nämlich mit seinem Danke für die „freundliche Aufmerksamkeit“ den Wunsch, „daß die städtischen Behörden Berlins stets erfolgreich bemüht sein mögen, das Gemeinwohl der Bürgerschaft ohne Rücksicht auf politische und konfessionelle Gegenstände zu fördern und auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung, besonders auch in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung, Mustersüßes zu schaffen“.

In dem Disziplinarverfahren gegen den Postschaffner Wolf in Braunschweig, der vom Landgericht zu Hannover zur Strafverurteilung und Kürzung seines Gehalts um ein Viertel verurteilt wurde, weil er mit Sozialdemokraten an einem Tische gesessen hat, hat der als Staatsanwalt fungierende Oberlandesgerichtsrath nach in Braunschweig jetzt Verurteilung gegen das erstinstanzliche Urteil eingeleitet. Ob es ihm vielleicht doch noch zu milde erscheint, womit das Gericht gefaßt hat, das „Verbrechen“ des Postschaffners Wolf sühnen zu müssen? Was fangen wir aber dann mit dem Oberlandesgerichtsrath nach nach selbst an, so fragt unser Braunschweiger Partei-Organ, der — man höre und schaue nicht — mit einem sozialdemokratischen Redakteur ganze zwei Monate unter einem Dache gewohnt hat?

Die Racher Jahreshauptversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland nahm einstimmig eine Resolution an, worin die Zentrumsfraktion ersucht wird, bei der bevorstehenden Abänderung des Alters- und Invaliditätsgesetzes insbesondere die Herabsetzung der Altersgrenze und die Einrichtung lokaler Rentenstellen und in Beziehung auf das in Aussicht gestellte Gesetz zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses Sicherstellung und Vervollkommnung der Koalitionsfreiheit herbeizuführen. Ingleich begrüßt die Versammlung die von der Zentrumsfraktion eingebrachten Anträge über die eingetragenen Berufsvereine und über die Errichtung von Arbeiterkammern.

Anarchistisches. Die Verhandlung gegen den Schriftsteller Landauer wegen Verleumdung des Polizeikommissars Gottschalk, welche am 11. d. M. zur Verhandlung kommen sollte und bei der der Fall Biechen eine Rolle spielen wird, ist wegen Erkrankung des Vorsitzenden der 3. Strafkammer bekanntlich bis auf Weiteres vertagt worden. Wie wir nun erfahren, war für denselben Tag ein anderer Anarchistenprozess, gewissermaßen als Vorpiel, ebenfalls angelegt. Als Angeklagter in demselben figurirt — Johann Wolf. Hier ist Landauer als „Interessent“ geladen. Seit ungefähr sechs Jahren erhält Landauer aus Amerika regelmäßig ein Exemplar von Wolf's „Freiheit“ unter Kreuzband zugestellt. Der Staatsanwalt hat neuerlich Interesse daran gefunden, zu ermitteln, auf welchem Wege diese Zeitung in die Hände Landauer's gelangt, und hat daraufhin ein Verfahren eingeleitet, bei dem Landauer als Zeuge fungirt. Ein auffälliger Umstand ist es jedenfalls, daß zur Verhandlung für diese Angelegenheit die gleiche Zeit angefaßt wurde, wo die Verleumdung des Polizeikommissars Gottschalk gegen Landauer ihre Erledigung finden sollte.

Zu den Schutzmaßnahmen gegen die Hochwassergefahr berichtet die „Schlesische Zeitung“: Die vom schlesischen Provinzialausschuß in der Sitzung vom 7. d. M. zu Ende geführten Verhandlungen mit der Staatsregierung über die Maßregeln zur Verhütung der Wiederkehr von Ueberschwemmungen in Schlesien haben zu dem Ergebnis geführt, daß derselbe sich für das neuerdings aufgenommene eingeschränktere Programm der Verbesserung der Flußläufe entschieden hat. Es ist im wesentlichen beschlossen worden, dem Provinziallandtag den Vorschlag zu unterbreiten: „Falls der Staat für die Arbeiten zur Verhütung der Hochwassergefahr im Gebiet der linksseitigen Nebenflüsse der Oder einschließend der in der Provinz Brandenburg gelegenen Strecken des Wobers und der Kaufinger Reiffe, sowie einschließend der damit im Zusammenhang stehenden Verbesserungen an der mittleren Oder, soweit dieselben nicht schiffbar sind, einen Betrag bis zur Höhe von 80 Millionen Mark (besteht aus einem Zeitraum von etwa zehn Jahren) zur Verfügung stellt, erklärt sich die Provinz zu einem Betrag für die innerhalb Schlesiens zu verwendenden Summen bereit. Dieser

Beitrag ist auf höchstens 20 pCt. letzterer Summen zu bemessen; weitere Beiträge von den Interessenten bezw. Adjazenten sind nicht zu erfordern.“

Es würden also alles in allem 86 Millionen für den Schutz gegen die Ueberschwemmungsgefahr aufgewandt werden, während von den Sachverständigen, wenn etwas wirklich Durchgreifendes geschehen solle, mindestens 150 Millionen Mark als nötig bezeichnet worden waren. Freilich, wie können im Zeitalter des Militarismus die Millionen für Kulturzwecke aufgewendet werden! —

Röller's Triumphzug. Wenn die römischen Imperatoren aus einem Kriege zurückkamen, führten sie, bei dem Einmarsch in die Haupt- und Weltstadt Rom die vornehmsten der Kriegsgefangenen mit und diese mußten den Ruhm des Siegers durch ihre Ketten verherrlichen. Allein, niemand mußte ihnen zu, daß sie sich für ihre Ketten und ihre Anechtschaft bedanken sollten.

Das junkerliche Mittelalter machte in dieser Beziehung einen Fortschritt, es zwang den Besiegten, sich vor dem Sieger demütig zu beugen und ihm Ehre zu erzeigen. Die Gefangenen zwang man, für die Gefangenschaft sich zu bedanken; und so lange das patriarchalische Regiment dauerte — in Oesterreich bis noch vor wenigen Jahren — mußte der zu Stadträteln, Beamten, nachdem er sein Pensum ausgefüllt bekommen, sich für die gnädigen Prügeln unterthänigst bedanken.

Unser Röller, dessen Junkerstaat im grauesten Mittelalter liegt, will diese schöne Sitte wieder beleben. Gestern geißelte er die Nordschleswiger mit den Skorpionen der Geißel-Ausweisungen und heute zieht er durch Nordschleswig und läßt sich von den Geißelten als Triumphator huldigen.

Aus Hadersleben wird unterm 8. d. M. telegraphirt: Heute Abend traf der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein, Staatsminister a. D. v. Röller, hier ein. Auf dem Bahnhofe wurde derselbe vom Landrath Rauwe, dem Bürgermeister Dr. Röster und dem Stadtverordneten-Vorsteher Johannsen empfangen. Eine große Menschenmenge erwartete die Ankunft des Oberpräsidenten auf dem Bahnhofe und auf den dorthin führenden Straßen. Für morgen sind von der Bevölkerung große Festlichkeiten geplant.

Morgen werden wir jedenfalls von dem überschwänglichen Jubel hören, mit welchem die Nordschleswiger sich für die empfangenen Fuhrtritte bedanken.

Dem Telegraph nach sind die Nordschleswiger Geschwisterkinder jener treuen Wesen aus Aachen, die Heine anflehten: „Gieb uns einen Fuhrtritt, o Fremdling!“ Nur mit dem Unterschied, daß sie sagen: Gieb uns einen Fuhrtritt, o Röller!

In Wirklichkeit aber ist der ganze Bericht und sind die ganzen Festlichkeiten Schwundel.

Herr v. Röller hat sich einen Triumphzug bestellt, das ist Alles. Und warum sollte Herr v. Röller sich das Vergnügen nicht gönnen? Heute fadelroth, morgen — todt.

„Gott schühe mich vor meinen Freunden“, so muß die preussische Regierung wirklich ausrufen. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die Ausweisungspolitik verteidigend, leistet sich folgende Mittheilungen über die dänische Presse in Nordschleswig:

Die dänische Presse ist heute in Nordschleswig so weit verbreitet, wie nie zuvor, und die Zahl ihrer Blätter ist noch immer im Zunehmen begriffen. Sie ist erst ein Ereigniß der neueren Zeit, denn vor einem halben Jahrhundert gab es noch gar keine Zeitung in dänischer Sprache in Nordschleswig. Bis zum Jahre 1838 waren hier nur deutsche Zeitungen vorhanden. Damals konnte in Schleswig-Holstein, hinauf bis zur Königshöhe, kein Gebildeter ein dänisches Buch oder eine dänische Zeitung lesen. Heute, reichlich dreißig Jahre nach der Deutschwerdung des Landes besteht im nördlichen Theile unseres Reiches eine feindlich gesinnte Tagespresse, der man eine hervorragende, für das Deutschthum schädliche Bedeutung nicht absprechen kann.

Also früher, selbst unter dänischer Herrschaft, gab es in Nordschleswig keine dänische Zeitung und verstanden die Gebildeten kein Dänisch. Welches jammervolle Zeugnis stellen nun die obigen Mittheilungen der preussischen Kultur aus und der preussischen Politik, wenn in den 34 Jahren, seitdem das Land preussisch ist, die dänische Literatur ständig vordringt. Einen stärkeren Beweis für die Schlechtigkeit der preussischen Nationalitätspolitik konnte das Regierungsblatt sichtlich nicht vorbringen.

Saalabtreiberien während der letzten Reichstagswahl waren die Veranlassung zu einem Verleumdungsprozess, der, wie unrichtig, am letzten Sonnabend vor dem Landgericht in Weimar vor sich ging. Der Redakteur der freisinnigen Weimarer „Neuesten Nachrichten“, Dr. Kändler, wollte vor dem Reichstagswahl in dem weimarschen Orte Schwerstedt eine Versammlung abhalten. Der Wirth hatte ihm auch den Saal sehr zugestimmt. Aber einige Stunden vor dem Beginn der Versammlung besetzte der Wirth ab und zwar auf direkte Veranlassung des konservativen Mittelmeisters v. Heibors auf Schwerstedt. Hieraus entstand der Verleumdungsprozess. In der Verhandlung führte der Vertreter des Mittelmeisters aus: Derselbe habe den konservativen Kandidaten und zu Glosstein betrogen, eine von ihm in Schwerstedt beabsichtigte Versammlung nicht abgehalten, weil dadurch nur Unzufriedenheit erregt werde.“ Als die Sozialdemokraten dann später gekommen seien, habe der Mittelmeister auch diese Versammlung umöglich gemacht, indem er den Wirth beeinflusste, das versprochene Lokal zurückzugeben. Als schließlich auch noch die Freisinnigen gekommen seien, habe er es mit diesen ebenso gemacht, was er übrigens als sein Recht ansehe; sein Vater habe auch stets so gehandelt! —

Aus Elsaß-Lothringen, 6. Januar. (Fig. Ver.) Der Ausweisungskurs wird hierzulande unverändert weitergesteuert. Durch Beschluß der kaiserlichen Bezirkspräsidenten von Oberelsaß und Lothringen sind dieser Tage wieder vier fremde Staatsangehörige, zwei Italiener und je ein Franzose und Luxemburger, aus dem Gebiete des Reichslandes ausgewiesen worden.

Die Leser des „Vorwärts“ erinnern sich jenes tragischen Vorfalles in einer Kaserne zu Mühlhausen, wobei ein Gefreiter der 8. Kompagnie des 4. badiischen Infanterie-Regiments Nr. 112, der mit einer Anzahl Kameraden nachts heimlich einen Rekruten im Bette überfallen und zu mißhandeln versucht hatte, von dem Angeklagten mittels eines bereitgehaltenen Schuttermessers niedergestochen und dertat verletzt wurde, daß der Tod sofort eintrat. Das Kriegsgericht hat in dieser Angelegenheit nunmehr 14 der beschuldigten Soldaten mit 2 bis 4 Wochen Arrest bestraft. Gegen den unglücklichen Thäter selbst, der allem Anschein nach in berechtigter Nothwehr gehandelt hat, ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen. Sämtliche Offiziere und Unteroffiziere der betreffenden Kompagnie sind verurteilt worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Der Lohgerber J. in Wolfenbüttel ist wegen Majestätsbeleidigung zur Anzeige gebracht, die er vor etwa zwei Monaten in seinem Logis ausgesprochen haben soll. Dazu bemerkt das „Wolfenb. Kreisblatt“: Es scheint sich im letzteren Falle wieder um einen jener erbärmlichen Racheakte zu handeln, auf welche die meisten Anzeigen wegen Majestätsbeleidigung zurückzuführen sind.

Militärisches aus Elsaß-Lothringen.

Die Strafkast des Mittelmeisters Grafen von Stolberg-Bernigerode, der, wie erinnerlich, im September v. J. den Sergeanten Scheinhardt erschossen hatte und deswegen mit zwei Jahren Festung bestraft wurde, scheint eine sehr milde zu sein. Am einen Nachmittag der letzten Woche konnte man, wie unserem reichs-ländischen Partei-Organ von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, den Grafen in Begleitung eines anderen Herrn in Straßburg den Nikolausgang passieren sehen. Beide Herren waren in Zivil und anscheinend auf einem Spaziergang begriffen. Seit einigen Wochen hat die Stadt Straßburg auch die Ehre, den nach kurzer, in Frei-

burg l. B. verurtheilter Gefangnissthaft begnadigten ehemaligen Premier-Lieutenant v. Orsini, in ihren Mauern zu beherbergen. Unsere „wiedergeborenen Brüder“ haben also reichlich Gelegenheit, die Gerechtigkeit und Strenge, die gegenüber den Verfehlungen höherer militärischer Vorgesetzter zur Anwendung kommen, in allernächster Nähe lernen zu können.

Am Sonntag Morgen, als die Mannschaften der 6. Komp. des Inf.-Regts. Nr. 171 in Wittich die Kaserne verließen, blieb ein Rekrut auf seiner Stube zurück und brachte sich mit einem Rasirmesser, das er von einem Kameraden geborgt, einen tiefen Schnitt in den Hals bei. Der junge Mann ist elternlos und gab an, mißhandelt und eingesperrt worden zu sein. Seine Verletzung ist glücklicherweise keine lebensgefährliche.

Ausland.

Auf den Philippinen

Scheint es in Folge der Annektionspolitik der Vereinigten Staaten wirklich zum Untergange kommen zu sollen. Der Logalenführer Aguinaldo hat, wie aus Manila berichtet wird, als Antwort auf die Proklamation des Generals Otis ein Manifest erlassen, in welchem er dagegen Einspruch erhebt, daß General Otis sich selbst als Militärgouverneur der Philippinen bezeichnet, und erklärt, daß er niemals sich damit einverstanden erklärt habe, die Souveränität der Amerikaner anzuerkennen. Aguinaldo sagt, in der Proklamation, welche General Merritt vor der Kapitulation der Spanier erlassen habe, sei ausdrücklich und feierlich erklärt worden, daß die amerikanischen Truppen nur gekommen seien, um die Philippinen zu befreien. Er protestire deshalb im Namen des Allmächtigen gegen das unberechtigte Eindringen der Amerikaner.

Die Eingeborenen bereiten sich mit fieberhafter Thätigkeit zum Widerstand gegen die amerikanischen Truppen vor. In den Straßen werden Barrikaden erbaut, auch haben die Eingeborenen Maßregeln getroffen, die Stadt in Brand zu stecken, wenn es ihnen nicht gelingen sollte, dieselbe erfolgreich zu verteidigen. Die in Flozob befundlichen Fremden haben sich an Bord der Kriegsschiffe begeben.

In den Vereinigten Staaten werden Stimmen gegen die Gewaltmaßregeln laut. So hielt Organ, der lekturterlegene Präsidenschafts-Kandidat, in Chicago eine Rede, in welcher er sich gegen die Expansionspolitik aussprach.

Aber die Regierung selbst macht mobil gegen die Philippinen. Die Kanonenboote „Princeton“, „Porpoise“ und „Bennington“ haben Befehl erhalten, nach den Philippinen zu gehen. Die „Bennington“ befindet sich bereits auf dem Wege dorthin und liegt zur Zeit in Honolulu. Außer den bereits zur Abfahrt nach den Philippinen bestimmten Regimentern hat nun ein viertes reguläres Infanterieregiment Ordre erhalten, sich dorthin zu begeben. Die Fahrt wird durch den Suez-Kanal erfolgen.

Kampf um Prehreform in Oesterreich.

Wien, 8. Januar.

Heute und morgen finden in ganz Oesterreich große Demonstrationen statt, die neuerlich eine Bewegung auf Aufhebung des Zeitungstempels ins Leben rufen. Man schämt sich im Auslande, von dieser schmachvollen Sache zu sprechen. In Oesterreich muß jedes Blatt, das einmal wöchentlich oder häufiger erscheint, von jedem Exemplar, das die Presse verläßt, eine neue Stempelgebühr entrichten. Was das heißt, kann am leichtesten klar gemacht werden, wenn wir anführen, daß die Wiener „Arbeiterzeitung“ im abgelaufenen Jahre nicht weniger als 90 000 Gulden, also etwa 186 000 Mark, an Stempel gezahlt hat. Der Stempel wird auch von den nichtverkauften, ja selbst von den konfiszierten Exemplaren erhoben, der Staat macht bei Konfiskationen, die eine zweite Auflage nötig machen, ein fettes Stempelgeschäft. Begreiflicherweise werden arme und billige Blätter, vor allem die Arbeiterpresse, von dieser Plage am schwersten getroffen, während sie für die kapitalistische Presse einen kräftigen Schutz für ihre Monopolstellung bedeutet. So kommt es, daß die bürgerlichen Blätter den Zeitungstempel niemals ernstlich bekämpft und höchst vereinzelt ehrenhalber oder vielmehr schandenhalber ein Wort darüber verlieren. Die Sozialdemokraten müssen auch hier fast allein den Kampf führen, obwohl es sich gewiß nicht um eine speziell sozialdemokratische Forderung handelt. Vielmehr sind alle Parteien darüber einig, daß es Zeit sei, diese Dummheit endlich los zu werden, und es giebt fast keine Fraktion des Abgeordnetenhauses, sogar die Polen nicht ausgenommen, die nicht einen dahingehenden Antrag eingebracht hätte. Das Schönste ist, daß unser derzeitiger Finanzminister Dr. Kaizl als demokratischer Jungzede im Kampfe gegen die Prehschwebereien stets in erster Linie gestanden ist, ja daß er auch als Minister bei jeder Gelegenheit die dringende Nothwendigkeit den Stempel aufzuheben anerkannt hat. Ja er hat mehr gethan, er brachte am 1. Juni vorigen Jahres sogar eine Regierungsverlage ein, die den Stempel ab 1. Januar 1899 beseitigen sollte. Die Vorlage verschwand, als das Parlament eine Woche später geschlossen wurde und der Ehrenmann Kaizl brachte sie im Herbst nicht mehr ein; es hatte sich nur um ein demagogisches Regierungsmanöver gehandelt. Der Finanzminister schämt natürlich vor, er könne die lumpigen zwei Millionen Gulden, die der Stempel trägt, nicht entbehren, während alle Welt weiß, daß Ueberschüsse in Menge da sind, die freilich möglichst versteckt und für militärische Zwecke bereit gehalten werden. In Wirklichkeit will die Regierung die Aufhebung des Zeitungstempels, die sie wie sie selbst weiß, nicht lange mehr aufhalten kann, benötigen, um damit gewisse Erhöhungen der Verzehrungssteuern, insbesondere eine neue Judenverzehrssteuer schmählicher zu machen, das heißt, sie will den Regierungsparteien erleichtern, für diese schwere Neubelastung der beschloßenen Volkskassen zu stimmen, indem sie thut, als ob das die Bedingung für die Prehreform wäre. Ueber diesem amuthigen Spiel vergeht Jahr um Jahr und der Stempel bleibt aufrecht.

Selbstverständlich könnte das Parlament, das, wie gesagt, in dieser Sache einig ist, oder wenigstens keinen Widerspruch wagt, mit einem kräftigen Schnitt diesen Joß abschneiden. Trotz aller latenten und offenen Obstruktionstendenzen, wäre die Sache, über die ja kein Wort mehr zu verlieren ist, in einer Viertelstunde zu erledigen, wenn die Herren nur wollten. Dazu den Anstoß zu geben, sind die Massenmeetings bestimmt, die heute und morgen zusammentreten. Es ist bemerkenswerth, daß diesmal die Anregung nicht eigentlich von der politischen Partei, sondern von der gewerkschaftlichen Organisation der Buchdrucker kommt. Der Stempel ist ja nicht nur eine politische Fessel, sondern hemmt auch die Entwicklung der Zeitungsindustrie, die in keinem Lande so tief steht wie in Oesterreich. Ueberdies sind unsere Schriftsetzer ganz ernstlich von der Einführung der Segmashine bedroht und der Stempel hindert, daß sie in der natürlichen Fortentwicklung ihrer Industrie Erfolg finden. Darum haben sie die Initiative zu diesem neuen Ansturm ergriffen, der mit den heutigen Versammlungen keineswegs sein Ende finden wird. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß auch hier die Kriegskosten für eine rein demokratische Forderung auf sich nehmen, auf die thätige Mithilfe des schlappen und chauvinistisch vernebelten Bürgerthums ist nicht zu rechnen, im besten Fall auf seine Sympathie. Aber unsere Partei fähigt sich stark genug, den Stein allein ins Rollen zu bringen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Januar. Der Reichsrath ist auf den 17. Januar einberufen worden.

Die Situation wird beim Zusammentritt des Reichsraths genau so verwirrt sein wie zur Zeit der Vertagung.

Prag, 8. Januar. Von den deutschen Gastwirthen Tschschen, Wodenbachs und mehrerer anderer Orte des Eßbales mit überwiegend deutscher Bevölkerung ist beschlossen worden, kein Bier mehr aus der zur Herrschaft Tschschen gehörigen Brauerei zu beziehen, und zwar wegen der antideutschen Haltung des Besitzers der Herrschaft Tschschen, des Ministerpräsidenten Grafen Thun. Auch mehrere Gastwirthe in Dresden haben über das Bier des Grafen Thun den Boykott verhängt.

Frankreich.

Paris, 8. Januar. Die Blätter sagen in ihren Besprechungen des englischen Vandalismus über Madagaskar, England scheint entschlossen zu sein, gegen Frankreich Krieg zu führen; dieses müsse daher für seine Verteidigung Vorbereitungen treffen.

Die Liga der Vaterländischen veröffentlicht eine zweite Liste ihrer Mitglieder, welche 1500 Namen umfasst. Darunter befinden sich Mitglieder der Akademie, Advokaten, Professoren und Gelehrte.

Italien.

Ein neuer Krieg in Creta scheint bevorzustehen. Das Kriegsministerium trifft Vorbereitungen, unverzüglich 20 000 Mann nach Creta abzusenden zu können, sobald der Gouverneur Verstärkungen fordern sollte. Weiter soll ein besonderer Kredit von 14 500 000 Lire für Einführung eines neuen Schnellfeuergeschützes von der Kammer gefordert werden.

Spanien.

Die Konserbativen arbeiten eifrig an dem Sturz der Liberalen. Silvela hielt am Sonnabend eine Programmrede, in welcher er die Haltung Sagasta's während des Krieges mit den Vereinigten Staaten tadelte. Dem armen ausgepöpelten Volke will der Ministerpräsident in spe durch „neue indirekte Steuern“ aufhelfen. Weiter verlangte er eine „Reform des Wahlrechts“.

Russland.

Wie Russland abrückt. Aus Sebastopol wird den „Times“ von einem Korrespondenten, der zwei Monate das europäische Russland bereiste, gemeldet, daß in den dortigen Schiffswerften mit fieberhafter Eile gearbeitet werde, daß die Zahl der im Oktober und November dem Meer und der Flotte eingereichten Mannschaften die der früheren Jahre weit übersteige, daß ferner Verstärkungstruppen so schnell wie möglich nach dem fernem Osten gefandt und die Befestigungen an der russisch-türkischen Kaufsgrenze kürzlich vermehrt worden seien.

Sien.

Die europäischen Mächte in China. Der amerikanische Gesandte in Peking theilte dem Staatssekretär telegraphisch mit, daß infolge des von dem amerikanischen und dem britischen Gesandten erhobenen Einspruchs, die chinesische Regierung sich weigerte, der Forderung Frankreichs auf eine Ausdehnung seiner Jurisdiktion in Schanghai nachzukommen.

Die englische Presse begrüßt den Ausgang der Shanghai-Angelegenheit mit Freude. Die „Times“ sagen, wenn auch der Plan Frankreichs gescheitert sei, deshalb hätten die übrigen Nationalitäten mit ihrem Plane noch keinen Erfolg. Sie hoffen, daß Deutschland und Japan England in der Shanghai-Angelegenheit unterstützen werden.

Partei-Nachrichten.

Eine Konferenz der Sozialdemokratie von Neuchâtel. Am 6. Januar in Greiz abgehalten wurde und die von 5-600 Parteigenossen besucht war, schloß mit allen gegen drei Stimmen den früheren Expedienten der „Neuchâtelischen Volkszeitung“, Sanderlein, aus der Partei aus. Er hatte die russische Partei durch seine Rede geschädigt, ferner ist er — im Gegensatz zu den Traditionen der Sozialdemokratie — bei seiner letzten Verurteilung zu einer fünfmonatigen Gefängnisstrafe um Vergnügung beim Fürsten eingelommen, die ihm auch gewährt wurde, nachdem er zierlich drei Monate der Strafe verblüht hatte.

Aus der Schweiz. Das neue Jahr läßt sich für die schweizerische Sozialdemokratie recht gut an. In Bern ist ein wichtiger Schritt zur Wiedervereinigung der seit Jahren in zwei Lagern gespaltenen Partei gethan. Die Vertreter beider Fraktionen im Stadtrathe und Genosse Müller im Gemeinderathe haben in gemeinsamer Sitzung die Bildung einer Fraktion beschlossen und gleichzeitig den Vorstand unter Berücksichtigung der bisherigen beiden Lager gebildet. Die Fraktion zählt 26 Mitglieder. Möge nun die Einigung auch in allen anderen Punkten recht bald gelingen.

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

Anerkennungswert unparteiisch zeigte sich das Schöffengericht in Straßburg in der Ilkermat gegen zwei Sozialdemokraten. Die Parteigenossen Dräsch und Lahrso w hatten Strafanträge über je 10 M. erhalten, weil sie eine Polizeiverordnung, betreffend die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage, durch Verheiligung des Märkischen Landboten übertreten haben sollten. Das Schöffengericht, dessen Entscheidung sie anrufen, sprach beide mit folgender Begründung kostenlos frei:

Das Verheilen von Druckschriften sei wohl eine Arbeit und sie sei auch öffentlich bemerkbar gewesen, aber dennoch nicht geeignet, die Feiertagsstimmung des Publikums zu beeinträchtigen. Wenn unter den fünf Feiern der Lederfabrikant de Frenne auf Befragen des Amtsanwalts erklärt habe, er hätte sich durch das Verheilen am Todestag in der für den Gottesdienst bestimmten Zeit verlegt gefühlt, so doch nur deshalb, weil ihm die Angeklagten als sozialdemokratische Schriftenertheiler bekannt gewesen seien. Das gleiche Gefühl würde ihm nicht überkommen sein, wenn es andere Schriften, vielleicht kirchliche Sonntagsblätter gewesen wären. Beides wäre aber nach dem Gesetze gleich bedeutend. Die Angeklagten seien daher freizusprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen.

In der Verhandlung der Magdeburger „Volksstimme“ wurde Sonnabend früh auf Beschluß des Amtsgerichts die Klaffe, das Raffbuch und das Hauptbuch beschlagnahmt.

Eingestellt wurde das Verfahren, das gegen den verantwortlichen Redakteur des „Hamburger Echo“, Genossen Gustav Wabersky, wegen Verleibung des Premier-Lieutenants v. Oypeln-Dronikowski in Wernburg von der Hamburger Staatsanwaltschaft anhängig gemacht war.

In Frankfurt a. M. hat der Parteigenosse Fiedig einen auf 15 M. lautenden Strafbefehl erhalten, weil er zwei verstorbene Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins nicht rechtzeitig bei der Polizei abgemeldet hatte. Fiedig wird richterliche Entscheidung beantragen.

Zweiter deutscher Seemanns-Kongreß.

Hamburg, 9. Januar 1899.

Durch den Vorsitzenden der Agitationskommission der Seeleute P. Hoffmann wird der zweite deutsche Seemanns-Kongreß im prächtig geschmückten Saale des Etablissements „Edyavillon“ eröffnet. Zu Vorsitzenden werden gewählt Hoffmann, Hamburg und Schmalfeld, Bremerhaven, zu Schriftführern Kohle, Bremen, Will, Kiel und Waack, Flensburg. Delegirte sind anwesend aus Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Flensburg, Lübeck und Steintin. Von der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion sind die Abgeordneten W. Meßger und Th. Schwarz zu den Verhandlungen delegirt. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist durch ihr Mitglied Sabath, der Verband der Hafenarbeiter durch den 2. Vorsitzenden Kellermann, die Schiffszimmerer durch W. Müller, die Pochschmitten und Heizer Deutschlands durch Kiriamid-Vorlin vertreten. Auf die Einladung der Agitationskommission sind ferner noch erschienen: der bekannte Sozialpolitiker Professor Tömmies, der Kapitän Alegin, Schreiber verschiedener Schriften über die Verhältnisse in Seemannsleben. Der Verband der Seemannschmitten hat die Obermaschinenisten Bajetsoki und Rumpf entsandt. Schließlich ist noch der Vorsitzende der deutschen Seemanns-Riffion Pastor Junglauffen der Einladung gefolgt. Nicht gefolgt sind der Einladung die Deputation für Handel und Schifffahrt in Hamburg, die Vereine Hamburger Weber, der Seemänner, der Seefeuereute, der Stewards und eines Matrosenvereins. Die Tagesordnung des Kongresses wird, wie folgt, festgelegt: 1. Die Lage der Seeleute an Bord und an Land. Ref.: A. Störmer, Vorsitzender des Verbandes der Seeleute. 2. Die See-

mansordnung. Referenten: Die Abgeordneten Th. Schwarz und W. Meßger. 3. Das Koalitionsrecht. Referent: Abgeordneter v. Elm. 4. Der Arbeitsnachweis der Seeleute. Ref. P. Müller, Vorsitzender der Hamburger Mitgliedschaften. 5. Der Gerichtsstand der Seeleute. Ref. P. Hoffmann. 6. Die Arbeiterschutzesetze. Referent Schmalfeld. 7. Das Verlangen der Schiffleute nach einer reichsgesetzlichen Kontrolle des Schiffbaues und der Schiffe. Ref. W. Müller. 8. Die Bemannung der Schiffe. Referent P. Müller. 9. Die Internationalität der Seeleute. Ref. A. Störmer. Die Geschäftszeit wird auf die Stunden von 8-12 und von 2-6 Uhr festgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Textilarbeiter! Seit dem 2. Januar befinden sich die in der mechanischen Stickerei beschäftigten Arbeiter der Firma Guttfeld u. Co., Berlin, Andreasstr. 92, im Ausstand. Die Firma hat in den letzten Jahren fortgesetzt die Lohnverhältnisse verschlechtert. Wiederholt ist es vorgekommen, daß den Arbeitern von dem vereinbarten Lohn Abzüge von 4 bis 5 Mark gemacht wurden und der Fabrikant bediente sich dann des beliebigen Hinweises, Sticker verdienen überhaupt nicht mehr wie 18 M. die Woche, wenn es Ihnen nicht paßt, dann lassen Sie die Arbeit liegen. Aber die Arbeitslöhne waren im Allgemeinen immer noch günstiger als gegenwärtig. Es gelang hier und da Löhne von 22-24 M. pro Woche zu erzielen und damit waren die Arbeiter zufrieden. Im Dezember 1898 kam es in Folge der fortgesetzten Lohnreduktionen zum Streik, der aber, da die Arbeiter nicht organisiert waren, ohne Erfolg beiegelegt werden mußte. Fortgesetzt wechselten von dieser Zeit an die Arbeitskräfte und nicht selten mußten die Arbeiter mit 10 bis 12 Mark Wochenlohn nach Hause gehen. Größere Aufträge werden an die Strafanzahl in Konty vergeben und die hiesigen Arbeiter müssen sich mit kleineren Aufträgen begnügen, wodurch der Verdienst weiter herabgedrückt wird. Nach dem neuen jetzt eingeführten Lohnstarif wird die Aenderung der Muster, sowie auch das Fabeneinziehen bei der Punktmaschine nicht bezahlt. Im Dezember vorigen Jahres wurde ein neuer Artikel (Sport-Chemissets) eingeführt. Die Arbeiter verlangten für diesen Artikel 2,25 bis 2,50 M. pro Duzend. Gezahlt wurden 1,30 bis 1,75 M. Bei einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit erlangten die Arbeiter einen Wochenverdienst von 18 bis 18 M. Die Beschwerde wurde von dem Fabrikanten mit den Worten zurückgewiesen: „Er könne nicht mehr bezahlen; aber wenn die Arbeiter nicht mehr verdienen können, so würde er etwas zulegen.“ Dafür wurden aber die Preise bei diesem Artikel, der schon so schlecht bezahlt war, noch um 10 bis 30 Pfennige pro Duzend reduziert.

Im neuen Jahre wurde eine Lohnabelle ausgehängt, die zur Ueberraschung der Arbeiter eine Lohnreduzierung von 20-37 pCt. enthielt. Gegen diese Zumuthung machten die Arbeiter einmüthig Front und legten sämmtlich (11 Mann) die Arbeit nieder. Bei den hier geschilderten Zuständen wird gewiß kein Arbeiter das Verlangen spüren, in diesen Betrieb einzutreten, und bitten die Ausständigen, den Zuzug fernzuhalten. — Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Einreichung der Mitgliederzeichnisse der Gewerkschaften, der Zu- und Abgang der Mitglieder, scheint jetzt allgemein vom Berliner Polizeipräsidium verlangt zu werden. In letzter Zeit haben viele Verbände, die bisher solche Angaben nicht machten, dahingehende Aufforderungen erhalten.

Deutsches Reich.

Zum Ausstand der Krefelder Weber wird berichtet: Am Sonntag fand eine von nahezu 2000 Personen besuchte Versammlung statt. In derselben wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt bezüglich der schwebenden Lohnstreitigkeiten in der Sammetbranche vorschlugen.

„Der Zimmerer“, das Organ des Zentralverbandes der Zimmerer, erscheint in diesem Jahre in vergrößertem Format. Seine Formatvergrößerung fällt so ziemlich zusammen mit dem dreißigsten Geburtstag der modernen Zimmererbewegung. Vom 29. bis 30. Dezember 1888 tagte in Braunschweig der erste Zimmererkongreß, der als der Ausgangspunkt der modernen Zimmererbewegung in Deutschland gelten kann. Es sollten jedoch erst Jahre vergehen, bevor die Zimmererbewegung zu einem Vorkörper gelangte. Am 1. August 1874 erschien der „Pionier“, Organ der sozialistischen Gewerkschaften. Die Hadräse der Zimmerer bezogt also in diesem Jahre den 25. Geburtstag. Die zweite Nummer des Blattes war kaum erschienen, als durch Beschluß der Rathskammer des Berliner Stadtgerichts die vorläufige Schließung des deutschen Zimmererbundes ausgesprochen wurde. Für die Folgezeit bildete nun der „Pionier“ das einzige Bindemittel unter den Zimmerern. Die definitive Schließung des deutschen Zimmererbundes erfolgte durch Urtheil vom 20. März 1875. Bald darauf, am 19. und 20. August 1876 tagte ein Kongreß deutscher Zimmerer, der eine zentralistische Organisation zu gründen beschloß und sie „Deutsches Zimmerergewerk“ taufte. Der Sitz der Organisation wurde nach Hamburg verlegt. Bei Erlaß des Sozialistengesetzes verfiel die Organisation der Auflösung und verlor die „Pionier“ nun nochmals mit seiner alten Praxis, die Gewerkschaften zusammenzuhalten; es währte aber nicht lange, bis auch er diesem Gesetze zum Opfer fiel. Bis zum 19. August 1888 tritt nun die organisationslose Zeit für die Gewerkschaft ein, der mit der Gründung des Zentralverbandes der Zimmerer ein Ende bereitet wurde. „Die Zimmerer-Lust“, die vom Verband als Fachorgan eingeführt wurde, ist dann im Jahre 1889 vom „Zimmerer“ abgelöst worden, der somit in diesem Jahre auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken kann.

In der mechanischen Schuhfabrik von Bielmer in Liegnitz sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Russland.

In Mailand mußte am Montag der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen eingestellt werden, da die Angestellten die Arbeit niedergelegt hatten. Die Verhandlungen, die eingeleitet wurden, führten zu dem Ausgleich, daß einem Auschuß, in dem die Angestellten und die Gesellschaft ihre Vertreter haben, die Beilegung der Streitigkeiten übertragen ist.

Frankzösische Streiks im November. Das Arbeitsamt verzeichnet 25 Streiks mit 2972 Theilnehmern gegenüber 17 Streiks mit 1231 Theilnehmern im November 1897. Die durchschnittliche Zahl der Streikenden betrug in den letzten fünf Jahren betrug 24. — Von den 25 Konfliktstricks erstreckten sich nur 3 auf mehr als einen Betrieb. Die Hälfte der Streiks, 13, betraf die Textilindustrie, trotz des im allgemeinen andauernden schlechten Geschäftsganges in dieser Branche. Die Ursachen der Streiks: in 11 Fällen Kampf um Lohnhöhe, in 3 Fällen Abwehr gegen Lohnherabsetzung, in einem Falle Verpöpfung in der Lohnzahlung, in 3 Fällen Kampf gegen Lohnabzüge, in je einem Falle Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die Verlängerung derselben u. a. m. — Ausgang der Streiks: Von den 21 im November und 10 vorher begonnenen Streiks endeten 4 mit einem Erfolg, 14 mit einem Ausgleich und 13 mit einem Mißerfolg.

Soziales.

Das deutsche Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke hielt gestern im Reichstanzler-Palais zu Berlin seine dritte Generalversammlung ab. Diefelbe wurde vom Reichstanzler eröffnet. Dem Geschäftsbericht, den der Generalsekretär Stabsarzt Dr. Pannow vorlegte, war zu entnehmen, daß sich zur Zeit in Deutschland 33 Vereine mit der Schaffung von Lungen-Heilstätten beschäftigen. Acht dieser Vereine, darunter der Volksheilstätten-Verein von Rothen Kreuz in Berlin, haben eigene Anstalten in Betrieb. Den Bau derartiger Anstalten werden voransichtlich im Laufe des Jahres 1899 fertigstellen: zehn Vereine, darunter der Berlin-Brandenburgische Heilstätten-Verein;

zwei Vereine sind mit der Sammlung von Geldmitteln und der Projektierung von Heilstätten befaßt. Zur Aufnahme von Lungenkranke zu einem billigen Platzesitz stehen zur Zeit in Deutschland einschließlich einzelner Privat-Anstalten 20 Heilstätten bereit. Leider ist die weit überwiegende Mehrzahl der hier vorhandenen Betten für männliche Kranke bestimmt, so daß sich immer dringlicher das Bedürfnis nach Anstalten für Frauen herausstellt. Hervorragend mitgewirkt haben auf dem Gebiete der Heilstättenbewegung die Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten, die bereits drei eigene Anstalten in Betrieb und drei weitere in Bau haben, darunter die der Invaliditäts-Versicherungsanstalt Berlin in Weich als Theil eines großartigen, über 6 Millionen Mark erfordernden Anstaltsprojekts und die der Versicherungsanstalt für die Provinz Brandenburg bei Kottbus. Projektirt sind zwei neue derartige Heilstätten von Versicherungsanstalten, doch allgemein haben die Versicherungsanstalten, welche mit dem Bau eigener Heilstätten noch zurückhalten, durch leihweise Hergabe billiger Kapitalien die Sache wirksam gefördert. Die Beispiele, daß die Gemeinden direkt der Errichtung von Heilstätten näherzutreten, haben sich vermehrt.

Dem Zentralkomitee sind die Vertreter von 45 Städten mit beigetreten. Die Gesamtzahl der Mitglieder hat sich auf 468 erhöht. Der Vermögensbestand betrug am Schluß des Jahres 1898 rund 250 000 M., bisher sind 224 500 M. an Zuschüssen für Heilstätten-Unternehmungen bewilligt worden und 70 000 M. Zuschüsse in Aussicht gestellt.

Nachdem über den Stand der Heilstätten-Bewegung in den einzelnen Provinzen berichtet worden war, wurde auf die Wichtigkeit des Kongresses hingewiesen, der zu Pfingsten in Berlin abgehalten werden wird. Der Kongreß wird fünf Fragen behandeln, für jede derselben wird eine besondere Abtheilung mit zwei Vorsitzenden eingerichtet werden; als Vorsitzende sind bestimmt: für die Besprechung über die Ausbreitung der Tuberkulose: Direktor Köhler vom Reichs-Gesundheitsamt und Geh. Rath Dr. Krieger-Strahburg; Ursachen der Tuberkulose: Geh. Rath Prof. Koch und Prof. L. Fränkel; Verhütung der Tuberkulose: Prof. Gerhardt und Generaloberarzt Dr. Schjerning; ärztliche Behandlung: Prof. v. Jemjen-München und Prof. Schrötter-Wien; Heilstättenwesen: Präsident Gabel und Geh. Rath Detweiler-Kronberg.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Frage: „Wie stellen sich die Gemeinden zur Heilstättenfrage?“ Der erste Referent, Oberbürgermeister v. Borst aus München, bezeichnete es für die nächste Zukunft als eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeinden, durch Errichtung von Heilstätten mit einzutreten in den Kampf gegen die Lungenheilstätten. Der Korreferent, Landrath Balle aus Saarbrücken, verbreitete sich zum Schluß über die Stellung der kleineren Stadt- und Landgemeinden, die sich in dieser Frage hauptsächlich auf die Kreise würden stützen müssen.

Gegen die Großbazar- und Waarenhäuser hielt der ultramontane Reichstags-Abgeordnete Noeren auf der Aachener Jahresversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland einen Vortrag, worin er an Stelle der zur Einschränkung der Großbazar- und Waarenhäuser vorgeschlagenen Kapital-, Einkommen-, Personal- und Fiskalsteuer eine Steuer empfahl, die im Verhältniß zum Umsatz immer höher steigen müsse. Wenn Magazine wie Von Marchs und Louvre in Paris, die einen Umsatz von 200 Millionen erzielen, nur eine Umsatzsteuer von 2 Millionen bezahlen, so sei das eben nur 1 pCt. und viel zu wenig. Wenn man sage, er wolle eine Erbschaftsteuer für diese Waarenhäuser, so scheue er sich vor diesem Schlagworte nicht, wo es sich um die Erhaltung oder den Ruin des ganzen Mittel- und Kleingewerbes handele. Wenn diese Besteuerungsart nicht in unser gesetzliches Steuersystem hineinpaße, dann müsse dies geändert werden.

Wenn Herr Noeren die Großbazar- und Waarenhäuser aber „erdrosselt“ sehen möchte, warum schlägt er nicht gleich ein Gesetz vor, wonach dieselben verboten sind? U. A. W. G.

Das Leipziger Gewerbegericht hatte im Jahre 1898 einen Rückgang der Klagen zu verzeichnen. Es wurden insgesamt 3235 Klagen eingedrückt gegen 3821 im Jahre vorher, wozu noch 17 Klagen kommen, die im Jahre 1897 nicht erledigt worden waren. Als Kläger traten 495 (264) Unternehmer gegen Arbeiter, 2734 (3349) Arbeiter gegen Unternehmer und 6 (8) Arbeiter desselben Unternehmers gegen einander auf. Von den Klagen wurden 1736 (2327) durch gerichtlichen Vergleich, die übrigen auf andere Weise erledigt. 16 Klagen sind auf das neue Jahr übernommen. Die Verminderung der Klagen ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Gewerkschaften, die unter der Gunst des im Allgemeinen leidlich guten Geschäftsganges jetzt kräftig gedeihen, dem Unternehmertum mit immer steigendem Erfolge Respekt vor den Abmachungen über das Arbeitsverhältniß beizubringen wissen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Haderleben, 9. Januar. (W. T. B.) Zu Ehren des Oberpräsidenten v. Köller tragen die Stadt und die Schiffe im Hafen Flaggenhuld. Heute Vormittag brachte die Kapelle des hier garnisonirenden Bataillons der Vierundachtzigster dem Oberpräsidenten ein Ständchen. Hierauf empfing Herr v. Köller eine Deputation dänischer Landleute des Kreises, welche um Einstellung der Ausweisungen von Dänen bat. Der Oberpräsident betonte, daß die Ausweisungen sich nicht gegen die dänische Bevölkerung, sondern gegen die dänische Agitation richten, die infolge des Treibens der dänischen Presse und der Agitations-Versammlungen einen unerträglichen Grad (?) erreicht habe. Sobald die dänische Partei diese Agitation einstellen würde, würden auch die Ausweisungen aufhören; ohne diese Vorbedingung sei aber an ein Abweichen der Staatsregierung von dem betretenen Wege nicht zu denken.

Wien, 9. Januar. (W. T. B.) In dem Stand der Kritik in Ungarn meldet heute die „Neue Freie Presse“: „Wanderlei Anzeichen deuten darauf hin, daß in den Wiener Minister-Konferenzen die Frage der Sicherung des Ausgleichs im Vordergrund der Erörterungen gestanden hat. Es heißt, daß man an maßgebender Stelle geneigt wäre, die Demission Wassny's in dem Falle sich vollziehen zu lassen, wenn die ungarische Opposition sich bereit erklärt und dafür Garantien bietet, daß sie der sofortigen Beschlußfassung über den Ausgleich keine Hindernisse bereiten wird. Es handelt sich dabei nicht um das Ausgleichs-provisorium, sondern um den Ausgleich selbst, wie er dem ungarischen Abgeordnetenhaus vorliegt.“

Turin, 9. Januar. (W. T. B.) Einer Meldung der „Gazetta del popolo“ zufolge sind 30 Unteroffiziere des Eisenbahn-Regiments, welche dem Betriebe der Strade Turin-Korrepellece zugetheilt waren, verhaftet worden, weil sie seit längerer Zeit große Diebstähle aus den von der Bahn zu befördernden Waarensendungen ausgeführt haben.

London, 9. Januar. (W. T. B.) Heute Nachmittag fand hier eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der „Anti-Sugar-Bounty League“ statt. Es wurde einstimmig ein Beschlußantrag angenommen, in welchem die Regierung ersucht wird, unverzüglich ein Abkommen mit den Zuckerproduzenten Ländern abzuschließen, durch welches die Zuckerausfuhrprämien abgeschafft werden.

Mantua, 9. Januar. (Meldung des „Kreuzer Bureau“.) Oberst Patter, welcher mit Depeschen von No. No hier angekommen ist, berichtet, die Lage sei dort noch äußerst kritisch; die Ausständigen hätten Barrikaden in den Straßen errichtet und sollen sogar, wie es heiße, eine Menge Petroleum in viele Häuser geschafft haben, damit das ganze Geschäftsquartier zerstört werde, sobald die Amerikaner das Feuer eröffnen sollten. Die Fremden flüchteten an Bord des britischen Kreuzers „Bonaventure“ und die Banken schafften ihre Bestände ebenfalls dorthin. Die Proklamation Mac Kinley's sei von den Filibustern mit Spott aufgenommen worden.

Schanghai, 9. Januar. (W. T. B.) Die Forderung einer Erweiterung der hiesigen französischen Niederlassung ist vom französischen Gesandten in Peking zurückgezogen worden.

1898 in England.

(Schluß)

3. Der Sozialismus und die Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung des Jahres 1898 hatte seit Januar die Ausprägung des großen Kampfes im Maschinenbau-Gewerbe zu verzeichnen. Die fast alle größeren Rämpfe der letzten Jahre endete er mit einem Kompromiß. Die Arbeiter zogen die Achtstundentageforderung zurück und gaben in der Frage der Maschinenbewegung nach. Die Unternehmer erkannten das Recht der Gewerkschaft an, bei allen Tarifänderungen zc. gehört zu werden, und vereinbarten Bestimmungen mit ihr, wie in Zukunft diese Verhandlungen geführt werden sollen. Es wird von der Gewerkschaft anerkannt, daß der Unternehmer-Verband bisher seine Versprechungen loyal gehalten und vielfach Fabrikanten, die ihnen zuwider handeln wollten, zum Nachgeben bewegen. Die Gewerkschaft hat sich von den Verlusten, die der dreißig Wochen währende Kampf gekostet, schnell erholt und in einer ganzen Anzahl Industriezentren Lohn-erhöhungen von 5-10 pCt. durchgesetzt, wozu allerdings in erster Reihe die Massenbestellungen für die Marine das Ihrige beigetragen haben.

Das zweitgrößte Ereignis war der

Kohlenarbeiter-Streit in Süd-Wales.

Der am 11. April ausbrach und bis Mitte September dauerte. Die Ursache war die Kündigung des in Süd-Wales bestehenden gleitenden Lohnsystems von Seiten der Arbeiter und die Forderung einer Lohn-erhöhung von 10 pCt. nebst Anerkennung eines Mindestlohnes. Zuerst einer kleinen Lohnhöhung schlugen die verbündeten Unternehmer alles ab, nur eine Anzahl außerhalb des Verbandes stehender Gruben ließ die geforderte Erhöhung eintreten. Dies half den im Uebrigen sehr schlecht organisierten Arbeitern den Kampf führen, verhinderte aber nicht, daß sie ihn nach fünfmonatlichem hartnäckigen Widerstande aufgeben mußten. Eine Lohnhöhung um 5 pCt. und die bedingte Zustimmung eines Mindestlohnes auf vier Jahre ist alles, was sie erzielten. Im Uebrigen bleibt der Wandelstrix in Kraft und außerdem haben sich die Arbeiter dazu verpflichtet, auf die Fortdauer des bisher üblichen monatlichen Extra-Festtages zu verzichten (was übrigens ihrer Organisation nur vorteilhaft sein dürfte). Der Streit veranlaßte die Regierung, Militär in das betroffene Gebiet zu schicken, was von den Arbeitern als eine Insult empfunden und nach einiger Zeit auch wieder zurückgenommen wurde. Der Versuch des Arbeitsamtes, durch einen Abgeordneten eine Vermittelung herbeizuführen, begegnete der heftigsten Opposition der Unternehmer, die keinem Dritten eine Einmischung zugestehen wollten, während die Vertreter der Arbeiter das Anerbieten des Arbeitsamtes bereitwillig annahmen.

Während des Kampfes wurde von den ausländischen Arbeitern beschloffen, eine wichtige Organisation zu bilden und sich dem großen Bergarbeiter-Verband von Großbritannien anzuschließen. Doch geht das Organisationswerk langsamer vorwärts als ursprünglich gehofft wurde.

Der Nationale Bergarbeiter-Verband seinerseits hat den guten Geschäftsgang ebenfalls ausgenutzt und eine Erneuerung des sog. Rosebery-Vertrages mit den Unternehmern erzielt, der ihnen auf drei Jahre einen Mindestlohn sichert und zunächst auch eine kleine Lohnhöhung brachte. Diese wird indes von einem großen Teil der Arbeiter für ungenügend erachtet, und so wird das neue Jahr in seinen ersten Wochen eine Konferenz auf Grund jenes Vertrages sehen, auf der die Forderung einer weiteren Erhöhung um 10 pCt. verhandelt werden soll. Von anderen Bewegungen sei ein Kampf der Möbelarbeiter in Schottland erwähnt, der zu einer verlängerten Aussperrung der Gewerkschaftsmitglieder führte. Schottland war ferner längere Zeit der Schauplatz eines heftigen Konflikts der Geschäftseleute gegen die Arbeiter-Konjunktionsgesellschaften, der mit einem vollständigen Siege der Letzteren endete.

Im Ganzen war das Jahr 1898 den englischen Arbeitern günstig. Einzelne Geschäfte gingen zurück, aber in der Mehrzahl der Geschäftszweige war der Geschäftsgang gut. Nach der „Labour Gazette“ vom Dezember betrafen die in den ersten elf Monaten des Jahres zur amtlichen Kenntniß genommenen Lohnänderungen 930 000 Arbeiter und war der Durchschnitt 1 Schilling 6 1/4 Pence wöchentliche Erhöhung der Arbeiter. Die entsprechenden Zahlen für 1897 waren 576 000 Arbeiter und 1 Schilling Erhöhung. Auch die meisten Organisationen wiesen einen guten Fortgang auf.

Die Frage der Zusammenziehung der Gewerkschaften in einen großen Föderationsbund ist noch nicht zur Entscheidung gelangt, sondern soll auf einem Spezialkongreß, der am 24. Januar in Manchester zusammentritt, verhandelt werden. Die vorherrschende Stimmung ist gegen alle heroische Beschlüsse. Aus-bildung und Selbstvollkommenheit der großen Industrieverbände wird als der nächste Schritt zum Ziel betrachtet.

Die in den Mittelklassen Englands aufgekommene Bewegung der Tarifverbände (Gewerke-Allianzen), wo Unternehmer-organisationen und Arbeiterorganisationen eine Art Gegenseitigkeitsvertrag schließen, nur Verhandlungsmitglieder zu beschäftigen bezw. nur bei solchen zu arbeiten, und ständige Lohnkomitees bilden, zeigte ebenfalls ein Wachsthum.

Was die

sozialistische Bewegung

angeht, so können auch ihre Mitglieder im Ganzen mit Befriedigung auf das Jahr zurückblicken. Es ging nicht sonderlich gut an, und im Sommer brachte eine Nachwahl in Reading, wo Genosse Quail von der sozialdemokratischen Föderation kandidierte, eine große Enttäuschung. Dagegen fielen die Municipalwahlen im November um so günstiger aus. Eine ganze Reihe von Sitzen wurden erobert und fast überall erhielten die Sozialisten beträchtliche Stimmenzuwächse, so daß auch die Aussichten für die kommenden Parlamentswahlen sich sehr verbessert haben. In Eleanor Marx, Dr. Richard Pankhurst und W. G. Pearson verlor der britische Sozialismus drei vortreffliche Kämpfer, die jeder in seiner Sphäre außerordentlich leisteten und an Uneigennützigkeit und Hingebung kaum übertroffen werden konnten.

Die Vereinigung der Sozialisten zu einer einzigen Partei-Organisation ist noch nicht vollzogen. Aber eine starke Annäherung in der Auffassung und Taktik kann festgestellt werden, wozu u. A. gerade die Thatsache beigetragen hat, daß die Gemeindefürsorge und Armenräthe sich als ein fruchtbares Feld sozialistischer Thätigkeit erweisen haben. In diesen Körperschaften arbeiten oft Sozialisten beider Fraktionen harmonisch miteinander, wie sie auch bei den Wahlen zu ihnen entweder sich das Feld theilten oder von Anfang an gemeinsam kämpften. Das Sozialist gegen Sozialist stand, ist nirgends in England vorgekommen.

Was die nächsten Jahre für den Sozialismus in England bringen werden, hängt theils von der Entwicklung der industriellen Verhältnisse ab, die wieder bestimmt werden durch die Lage des Weltmarktes und der Weltmarktkonkurrenz, theils von der Gestaltung der Dinge in der liberalen Partei. Darnach der innere Hader fort, so liegt es auf der Hand, daß die sozialistische Bewegung in jeder Weise Vortheil von ihm ziehen muß. Wird er überdrückt, was das Wahrscheinlichere ist, so ist zwar trotzdem auf einen Fortgang der Abgabe von Kräften an die sozialistische Bewegung zu rechnen, aber das Zeitmaß wird natürlich ein langsameres sein. Viel kommt indes auch darauf an, in welcher Art der Proß der Liberalen entschieden wird, bezw. welche Richtung in dieser aus so verschiedenen Elementen zusammengesetzter Partei die Oberhand behält. So tritt die sozialistische Demokratie Englands mit gespannten Erwartungen in das Jahr 1899 ein.

lokales.

Die Arbeiterinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß morgen, Mittwoch, in den Armirenhallen eine große öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher Frau Willy Braun über „Die deutsche Frau am Ende des 19. Jahrhunderts“ sprechen wird. Ferner wird sich die Berliner Arbeiterinnen zur Gründung eines Arbeiterinnenvereins?

Arbeiter-Bildungsschule. Die zu heute Dienstag angeordnete Versammlung findet am Donnerstag, den 12. Januar, Abends 8 Uhr, in Keller's Festsaal, Köpenickerstr. 29, statt. Reichstags-Abgeordneter Bebel wird Vortrag halten über „Die handelspolitische Entwicklung“. — Die Bibliothek ist Mittwoch, den 11. Januar, Abends von 8-9 Uhr in der Amtenstraße 16 geöffnet. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Zur Lokalliste. Das in der letzten Lokalliste unter Kreis Nieder-Barmin, Nord-End, verzeichnete Lokal der Wwe. Schoneert gehört zu Stralau.

„Das letzte Jahr des Jahrhunderts“

so wird fast in allen Zeitungen das Jahr genannt, welches vor 8 Tagen begonnen hat. Es ist aber nicht das letzte, sondern das zweitletzte des Jahrhunderts, und daß der Irrthum entstehen konnte, erklärt sich nur aus dem, in unserem Zahlensystem begründeten Umstand, daß das letzte Jahr eines Jahrhunderts bereits den Namen des folgenden Jahrhunderts trägt — gerade wie die letzte Zahl der Zehner schon 20, die letzte Zahl der Zwanziger schon 30 heißt und so fort. Um den Irrthum bezüglich des angeblich letzten Jahrhunderts zu begreifen, braucht man nur das erste Jahr des folgenden Jahrhunderts zu nehmen. Wenn das gegenwärtige Jahr 1899 das letzte des neunzehnten Jahrhunderts wäre, müßte folgerichtig das Jahr 1900 das erste des zwanzigsten Jahrhunderts sein. Das ist es aber nicht, denn es giebt doch nicht zwei erste Jahre des Jahrhunderts. Und das 1901 das erste Jahr des zwanzigsten Jahrhunderts ist, das weiß jeder, der das Einmaleins kennt und aus ihm gelernt hat, daß jede Zahlenreihe von Zehnern, Hunderten, Tausenden zc. mit einer 1 anfängt.

Der Irrthum bezüglich des letzten Jahres eines Jahrhunderts ist übrigens uralte; er hat schon vor 100, vor 200, 300 und mehr Jahren eine Rolle gespielt. Und im Jahre 1800, also zum Anfang unseres Jahrhunderts, hat er eine förmliche Literatur erzeugt. Unsere Vorfahren wollten mit Gewalt um ein Jahr zu früh aus dem achtzehnten Jahrhundert heraus, das ihnen — außer auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft — nicht viel Gutes gebracht hatte, wohl aber sehr viel des Schlimmen und Unheilvervollen.

In der Angelegenheit des Berlin-Stettiner Großschiffahrts-Kanals veranstalten die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin, wie mitgetheilt wird, gegenwärtig eine eingehende statistische Enquete über die Entwicklung der industriellen und landwirtschaftlichen Betriebe innerhalb der letzten zehn Jahre in einem Umkreise von 20 Kilometern um Berlin. Durch eine gerade Linie, welche Berlin vom Prenzlauer zum Hohenhofen Thore durchschneidet, ist der Kreis, innerhalb dessen die statistischen Erhebungen vorgenommen werden, in eine östliche und eine westliche Hälfte getheilt. Für jeden einzelnen der in Betracht kommenden industriellen und landwirtschaftlichen Zweige werden die statistischen Daten in den Bureau's der Berufsgenossenschaften zusammengestellt. Die Tabelle wird nach ihrer Fertigstellung ein zuverlässiges Bild davon geben, welcher Theil Berlins und seiner Umgebung, der östliche oder westliche, sich innerhalb der letzten zehn Jahre schneller und intensiver in Bezug auf Industrie und Landwirtschaft entwickelt hat. Zur Veranschaulichung der Frage, ob die Ost- oder Westlinie des Kanals vorzuziehen sei, dürfte diese Statistik wesentlich beitragen.

Von einem Kriminalschuttmann wurde Sonntag früh Morgens der 23 Jahre alte, verheirathete Arbeiter Karl Drogowsky in der Reuen Hochstraße erschossen. Der amtliche Polizeibericht besagt darüber Folgendes:

Gestern früh 4 Uhr wurde der bei der Sittenpolizei stationirte Schuttmann Müller vor dem Hause Neue Hochstraße 64 von mehreren Strolchen, welche lärmend die Neue Hochstraße entlang zogen und von dem sich durch Vorzeigung seiner Erkennungsmarke legitimirenden Beamten mehrmals zur Ruhe verwiesen wurden, thätlich angegriffen. Der Beamte erhielt einen Faustschlag gegen die rechte Kopfsseite und zog hierauf den Revolver und schoß auf seine Angreifer. Hierbei wurde der Arbeiter Karl Drogowsky, Malplaquetstraße 17 wohnhaft, der zu den Strolchen gehörte, in die rechte Brustseite getroffen und verstarb auf dem Transport nach der Unfallstation in der Lindowstraße.

Weiterhin wird über den traurigen Vorfall gemeldet: Drogowsky war wegen verschiedener Vergehen schon mehrfach bestraft und war seit Oktober arbeitslos. In der Nacht zum Sonntag besuchte er mit mehreren Begleitern eine Anzahl Schankwirtschaften, zuletzt in der Chausseestraße. Gegen 4 Uhr Morgens ging er mit drei anderen Männern die Chausseestraße entlang nach der Liefenstraße zu. Alle vier waren angetrunken, lachten und johlten und machten großen Lärm. Der Kriminalschuttmann Müller forderte sie auf, sich etwas ruhiger zu verhalten. Die Antwort war eine Fluth von Schmälgungen und unflätlichen Redensarten. Der Beamte ging weiter und bog in die Liefenstraße ein. An der Ecke der Reuen Hochstraße holten die vier Männer, die mit Stöcken bewaffnet waren, ihn ein und rühten ihm auf dem Leib. Drogowsky that sich besonders hervor. Müller machte seine Gegner wiederholt darauf aufmerksam, daß er Kriminalbeamter sei, und zeigte zum Beweise dessen auch seine Erkennungsmarke. Drogowsky drang nun erst recht auf ihn ein, beschimpfte und verhöhnte ihn. Dirnen und Juhälter, die dazukamen, stachelten die Angegriffenen noch weiter auf. Die Lage wurde für den Beamten, der sich allein einer ganzen Kotte gegenüber befand, sehr ernst. Er zog seinen Revolver und ließ seine Angreifer nicht darüber im Zweifel, was ihnen bevorstehe, wenn sie nicht Verzicht annehmen. Als statt dessen die Menge den Beamten thätlich angriff, feuerte Müller ab, und tödtlich in die Brust getroffen brach Drogowsky vor dem Hause Neue Hochstr. 64, dicht an der Liefenstraße, zusammen. Uniformirte Beamte des 82. Reviers kamen dazu. Während einige den Aufbruch bezweifelten und mehrere Personen festnahmen, brachten andere den Schwerverwundeten nach der nächsten Unfallstation. Hilfe gab es indessen nicht mehr. Drogowsky war bereits todt. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Wenn der Fall so liegt, wie gemeldet worden, so ist er ja immerhin nicht derart aufzufassen, wie die Tödtungen von stehenden Menschen durch Militärposten, Thaten, aus deren Anlaß in Betracht kommende Soldaten beinahe ausschließlich zu Gefreiten befördert worden sind.

Nach der Aussage einiger Augenzugen soll sich der Vorfall anders zugetragen haben, als hier mitgetheilt worden. Danach ist die aus drei Personen bestehende Gesellschaft, in der Drogowsky sich befand, Morgens gegen 4 Uhr die Chausseestraße hinausgegangen. Hier haben die Leute sich ein Vergnügen daraus gemacht, mit ihren Stöcken heftig auf die Trottoirplatten zu schlagen. Ein Mann in Zivilkleidung verbot ihnen dies, indem er bemerkte, daß er Kriminalbeamter sei. Die Gesellschaft schritt weiter, bis Drogowsky Zweifel darüber äußerte, daß der Fremde wirklich Polizeibeamter sei. Er erklärte, daß er sich über den Fremden unterrichten wolle und schritt

auf diesen, der in einiger Entfernung geblieben war, mit der Aufforderung zu, sich zu legitimiren. Der Angeredete zog darauf eine Marke aus der Tasche und steckte sie schnell wieder zu sich. Hiermit erklärte sich Drogowsky nicht befriedigt; er verlangte die Marke genau zu sehen. Beide gingen nunmehr an eine Straßenlaterne und der Fremde zog hier nochmals das Erkennungszeichen hervor. Als dies geschehen, sagte Drogowsky zu dem Manne: „Wissen Sie, wenn Sie wirklich Beamter sind, dann verlange ich, daß Sie mich arreiren“. Als er diese Worte gesprochen, schlug er dem Beamten so heftig auf die Schulter, daß dem Manne der Hut vom Kopfe fiel. Im selben Augenblick zog auch der Kriminalschuttmann seinen Revolver aus der Tasche und feuerte ihn in zwei Schritten Entfernung auf Drogowsky ab. Dieser sank, in die rechte Brustseite getroffen, mit den Worten: „Ich bin erschossen, nehmt den Mann fest“ zur Erde nieder und verfiel auf dem Transport zur Unfallstation. Bis dahin waren nur die beiden Begleiter des Drogowsky, die ihn in eine Droßkule packten, und eine unbekante Person, die sich später als ein Herr Max B. aus der Stromstraße 82 erwies, unmittelbar Zeugen des Vorganges gewesen. In etwa zwanzig Schritt Entfernung befand sich ein uniformirter Schuttmann. Auf der Unfallstation stellte sich später der Kriminalbeamte in Begleitung des Schuttmanns ein und sprach sein Bedauern über den unglücklichen Verlauf des Vorfalles aus.

Die Untersuchung wird hienächst Aufklärung darüber bringen, welche Mittheilung die richtige ist.

Militärisches. Uns kommt ein Briefumschlag zu Gesicht, der vom 2. Berliner Bezirkskommando versendet worden ist und auf dem die eigenartige Aufschrift zu lesen ist:

„Reservist Dissident Gustav B... Berlin...“ Die besondere Angabe des Religionsverhältnisses des Reservisten ist, wie wir annehmen, nicht geschehen, um denselben irgendwie als einen Abtrünnigen an der väterlichen Glauben zu kompromittiren, sondern wahrscheinlich hat die betreffende Bezirkskommandostelle das Wort Dissident als Vorname oder als Berufsangabe angesehen.

Ein Gold, deren Auftreten verboten worden ist, hat sich beschwerend bei dem Polizeipräsidenten gewandt, um eine Zurücknahme des Verbotes zu erzielen.

Zum Morde in der Tegeler Straße. Die Recherchen der Kriminalpolizei haben durch die am Sonntag erfolgte Verhaftung eines Arbeiters dazu geführt, den Eigenthümer der Kette, welche die Diebe zum Herausreißen der Fensterrollen benutzten und auf dem Thatort zurückgelassen haben, zu ermitteln. Schon am Freitag voriger Woche wurde der Polizei Mittheilung gemacht, daß sich ein im ähkersten Norden der Stadt wohnender Arbeiter, der seit geraumer Zeit beschäftigungslos sei, durch Neugierungen über den Nord in einer Kneipe verdächtig gemacht habe. Es wurde durch die Polizei festgestellt, daß der Arbeiter ein schon oftmals wegen Diebstahls bestrachter Mensch ist. Vorgestern Vormittag nun bemerkte der Kriminalschuttmann L. in einem Lokal der Antonstraße den L., dessen man bisher nicht hadhaft werden konnte und er forderte ihn auf, mit nach der Revierwache zu kommen. Dort konnte er sein Alibi in der Nordstadt nicht nachweisen. Schließlich ermittelte man, daß er zuletzt in der Koch'schen Zigarfabrik in der Antonstraße beschäftigt gewesen war. Rummehr begab sich der Beamte dorthin und entdeckte, daß an einem auf dem Hofe stehenden Wagen die Kennzettel fehlte. Diese fehlende Kette ist nun von dem Eigenthümer als identisch mit der von der Polizei beschlagnahmten rekonnostrirt worden. Ob der verhaftete Arbeiter bei der That theilhaftig ist, konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden; man hofft aber, durch Zeugenvernehmungen, die für gestern im Polizei-Präsidenten angefragt waren, Näheres zu erfahren. — Der ermordete Prüfling wurde vorgestern Nachmittag unter großer Theilnahme von Bekannten, Freunden und früheren Arbeitskollegen auf dem Reuen Kazarerthorhof zur letzten Ruhe beigesetzt. Auf dem Kirchhofe bemerkte man einige Berliner Kriminalbeamte und Reinoldsdorfer Gendarmen, die scharf auf verdächtige Personen Umschau hielten. Verhaftungen erfolgten aber nicht.

Ein Einbruchdiebstahl ist Sonntag Abend in dem Bureau der Vadesfahr-Gesellschaft Rosenstr. 15 verübt worden. Die Diebe verschafften sich aus dem Keller Zugang in den Briefträgerpost, welcher mit den eigentlichen Bureauzimmern in Verbindung steht. Hier erbrachen sie das Pult des Bureauvorstehers, aus welchem sie 600 M. in Waar kahlen. Sie haben anscheinend mit großer Hast gearbeitet, da sie eine größere Geldsumme, die sich in demselben Pult befand, liegen ließen. Vor etwa sechs Wochen ist in demselben Hause ein fast ganz gleichartig ausgeführter Diebstahl, bei welchem die Einbrecher ebenfalls nur bares Geld mitnahmen, verübt worden.

Mit den Straßensperrungen wird es immer reizender. Die Polizei giebt bekannt: Anlässlich der am 11. d. Mts. im hiesigen Lustgarten stattfindenden Parade des Kaiser Franz-Garde-Regiments werden der Lustgarten, die Schlossfreiheit, die Schloß- und die Kaiser Wilhelm-Brücke etwa von 11 1/4 Uhr Vormittags ab bis nach beendeter Parade für jeglichen Verkehr gesperrt.

Durch einen Sturz vom Antichhof ist Montag Morgen der 60 Jahre alte Droßkulentischer Georg Briede aus der Draunheimer Straße Nr. 3 schwer verunglückt. B. hatte eine Raststube nach Charlottenburg. Als er um 6 Uhr zurückkehrte, fuhr er am Vandenburger Thor wahrscheinlich in Schlaftrunkenheit gegen einen Pfeiler. Bei dem Anprall flog er vom Bod und blieb neben dem Pferde liegen. Ein Schuttmann des 8. Reviers brachte den Verunglückten in ein Krankenhaus. Hier stellte sich heraus, daß er sich am Kopfe schwer verletzt hat.

Von der Staatsanwaltschaft ist die Leiche der Wittve Analle Polat geb. Voemann vom Weidenweg 33 beschlagnahmt worden. Die 75 Jahre alte Frau, die bei ihrem unverheiratheten Sohne wohnte, war seit dem letzten Sommer verewendungslos. Als der Sohn vorgestern Morgen von einem Ausgange heimkehrte, lag sie todt in der Wohnung. Ein Arzt konnte die Todesursache nicht feststellen.

Die Berliner Gemeindebeamten (Bureau-Hilfsarbeiter) beschloffen die Abendung von Petitionen an den Magistrat und die Stadterordneten-Versammlung, in denen um Auszahlung des Gehaltes in vierteljährlichen Raten pränumerando gebeten wird.

Das Polizeipräsidentium theilt mit: In der Nacht vom 12. zum 13. oder vom 13. zum 20. November 1898 ist einem unbekanten Manne in der Ködlinerstraße ein Portemonnaie mit über 1 Mark Inhalt aus der Tasche gestohlen worden. Da der Dieb ermittelt worden ist, wird der Geschädigte ersucht, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidentium, Zimmer 35, zu melden.

Abermals ein Einbruchdiebstahl im Friede'schen Restaurant, Münzstr. 17, fand gestern Nacht statt, welches nicht der 7., wie kürzlich gemeldet, sondern der 14. innerhalb der letzten zwei Jahre ist. Nachdem erst ein Einbruch am 4. d. M., über den wir seiner Zeit berichteten, stattfand, wurde ein solcher letzten Freitag erfolglos verübt; vielleicht hätte dieser nur den Zweck, die von Herrn Friede's getroffenen Sicherheitsvorkehrungen auszu-baldowern, zwecks Erleichterung des vorige Nacht geplanten Einbruchs. Nachdem die von dem Garten aus nach dem Lokal führende Thür erbrochen war, labten sich die Einbrecher an den vorgefundenen Speisen und Getränken, wovon sie auch mehrere mitnahmen. Dann erbrachen sie die Geschäftskasse, wurden aber in ihren Erwartungen getäuscht, da sie nur einige Mark Wechselgeld vorfanden.

Durch Stutzen wurde am Samstag Abend der 64 Jahre alte Bauwächter Hadole, der den großen Neubau auf dem Gelände der ehemaligen Artillerielafete an der Ecke der Friedrich- und Gannoverschenstraße bewachte, vom Feuerode errettet. Er

alte über den Durt getrunken, fiel hin und geschlug seine Laternen. Das brennende Petroleum ergoß sich über seine Kleider und entzündete sie. Der alte Mann lag hilflos da. Da kamen drei Studenten, kletterten über den Zaun und löschten mit ihren Kleidern die Flamme aus. Vor dem Zaune hatte sich mittlerweile eine große Menschenansammlung gebildet. Man brachte den Verbrannten nach der Klinik in der Biegelstraße.

Nach Unterschlagung von 3400 Mark flüchtete im September v. J. der Kassendirektor eines Berliner Bankgeschäftes. Jetzt hat sich der Defraudant der Polizeibehörde in Altona gestellt, da er nach Herausgabe der erwähnten Summe vollständig mittellos geworden war.

Aus der Kera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Die Nr. 3 des Pariser „Figaro“ vom 3. Januar ist wegen Beleidigung des Kaisers hier polizeilich beschlagnahmt worden. Die Ursache war eine dem New-Yorker „Punch“ nachgebildete Illustration.

Eine männliche Kindesleiche ist am Sonntag früh in dem Guckwerk des Rollendorfsplatzes aufgefunden worden. Das Kind scheint von der Mutter mit dem Kopfe gegen einen festen Gegenstand geschleudert und dadurch getödtet worden zu sein.

Vor den Augen seines Vaters hat sich am Sonntag der Apothekerlehrling Georg Däster, der Sohn eines Gutsbesizers aus Langenbielau, vergiftet. Der junge Mann, der hier in einer Apotheke beschäftigt war, hatte über seine Verhältnisse hinaus gelebt und war dadurch in Schulden geraten.

Ein größerer Brand entstand Montag früh 5 Uhr in der Metallwaarenfabrik von E. Joseph, Ritterstr. 28. Im Erdgeschoß des Quergebäudes auf dem dritten Hofe befindet sich die umfangreiche Blecherei, während der erste Stock des linken Seitenflügels als Waarenlager und der zweite als Schleiferei diente. Das Feuer war im Waarenlager jedenfalls durch Kurzschluß der elektrischen Leitung entstanden und verursachte eine große Verqualmung sämtlicher Räume, wodurch die Beschäftigten stark beeinträchtigt wurden. Der erste Stock brannte vollständig aus und ist der hierdurch verursachte Materialschaden sehr erheblich. Aber auch die darüberliegende Schleiferei wurde in Mitleidenschaft gezogen, doch tritt eine Störung des Betriebes nicht ein, da andere Räume zur Einrichtung der Schleiferei zur Verfügung stehen.

Feuerbericht. Montag Nachmittag 4 Uhr brannte Ramierstraße 62 eine Wohnung vollständig aus. Um dieselbe Zeit hatte Lohmstraße 25 die Balkenlage und Schalbede Feuer gefangen. Am Sonntag waren verschiedene Wohnungsbrände abgelaufen und zwar Wilhelmsstraße 85a, Urbanstraße 28, Potsdamerstraße 108 und Schönebergerstraße 2. In allen Fällen konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. Ein Alarm nach Potsdamerstraße 36 war durch Ueberfahren eines Kindes von einem elektrischen Wagen verursacht. Bei Anfuhr der Wehr war jedoch das schwer verletzte Kind bereits nach der Unfallstation gebracht.

Der Deutsche Thierschutz-Verein vertheilt schon seit vielen Jahren unentgeltlich an die Besitzer von Jagdhunden Dedes und Unterlagen. Durch die außerordentlich lebhafteste Nachfrage in den letzten Tagen ist der Vorrath an diesen Stücken vollständig aufgebraucht. Der Verein wendet sich daher an alle thierschutzliebenden Menschen mit der Bitte, ihm alte Dedes und Dedes zu schenken. Damit dieselben für die Jagdhunde Verwendung finden können. Auf eine diesbezügliche an das Depot des Vereins (Stadtbahnhof 80) eingehende Notiz werden die Teppiche aus den Wohnungen abgeholt.

Der Besucher des Berliner Aquariums kann sich nicht vorstellen, welchen Reichtum an Gestein verschiedener Art die einzelnen Becken bergen, und wird staunen, wenn er vernimmt, daß manche derselben hundert von Lebenslose Wohnstätten bieten. So sind in das sogenannte Seepferdchen-Becken fünfzigtausend Stück dieser durch Gestalt, Lebensweise und Fortpflanzung gleich merkwürdigen Thierchen hineingebracht worden, ohne daß man von einer Ueberfüllung etwas bemerken könnte, trotzdem noch ihnen verandete Seenschilder, ferner allerlei Seeanemonen, Seeigel, Seequalen etc. in ungezählten Exemplaren dazwischen mit bewohnen. Ein eigenartiges Interesse erregt gerade jetzt die zu den Panzerwanzen zählenden Storpionfische aus den nördlichen Meeren, da ihre Fortpflanzung in die Wintermonate fällt und um diese Zeit bei den Männchen auf Kehle, Brust, Bauch und Bauchkoffen arborisirende prächtige Farben, Roth, Gelb, Blau, Grün und Braun, in die Erscheinung treten und auf diesem bunten Gemisch höchst charakteristische große runde milchweiße Flecken sich bemerkbar machen. Seltene Vermehrung erfährt die Gruppe der Storpionfische, indem nicht nur junge Paßfische geboren wurden, sondern auch aus dem Mittelmeer Gais verschiedener Spezies und außerdem Zitter- und echte Rochen in mehreren Arten ankamen.

Die Deutsche Gesellschaft für völkisch-wissenschaftliche Naturkunde veranstaltet am Mittwoch, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathhauses einen öffentlichen Vortrag. Herr Dr. Wagbach spricht über: „Ethische Lebensgemeinschaften“ (mit Demonstrationen). Außer den völkischen Vorträgen über Technische Chemie findet in diesem Monat noch am Sonnabend, den 23., eine Vortragsreihe durch das Hygiene-Museum durch Herrn Prof. Dr. Wunth statt.

Der Verein von Freunden der Dreptow-Sternwarte hält Mittwoch, Abends 8 Uhr, seinen 11. Beobachtungabend auf der Dreptow-Sternwarte ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Beobachtung über das Leben und Wirken von Prof. Dr. H. W. Vogel. 2. Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern von Direktor F. S. Archenhold: „Das Aussehen und die Beschaffenheit der Nebelsterne“. 3. Beobachtung des großen Orionnebel mit dem Nierenfernrohr. Für die Beobachtung werden diesmal numerierte Karten ausgegeben und die Mitglieder zur Beobachtung abgerufen, wodurch das Warten auf der Plattform vermieden wird. Der Beitrag für den Verein beträgt pro Vierteljahr 2,50 M. und nimmt die Direktion der Dreptow-Sternwarte noch Meldungen zu diesem Abend entgegen.

Poliklinik. In der Ohren-, Nasen-, Hals-Klinik, Karstr. 32, findet die unentgeltliche Behandlung Ohren-, Nasen-, Hals-Kranke nunmehr wochentlich von 9-11 Uhr Morgens statt wie bisher von 8 bis 9 Uhr - statt.

Theater. Im Schiller-Theater wird der Schwank „Die Leibrente“ von G. v. Moser in folgender Besetzung der Hauptrollen in Szene gehen: Otto Körner: Julius Eiden, Jenny: Paula Rebermann, Georg Hartwig: Gustav Dinar, Schenk: Max Schreidt, Krager: Leopold Turner, Frau Kalmus: Agnes Werner, Gertrud: Grete Meyer, Wilhelm Bödel: Albert Barry, Hippo: Alfred Schmalow. Die erste Aufführung ist morgen, Mittwoch.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Mittwoch findet in „Bismarckshöhe“, Bismarcksdorferstraße 30, eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Gründung eines Kolonialorgans. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist ein zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Einberufer.

Rixdorf. Sozialdemokratischer Verein Vorwärts. Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im großen Saale der Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214/219. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über Bürgerthum und Arbeiterthum im Anfang einer neuen Zeit. Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden aufgenommen. Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen zurückbleiben, werden ersucht, ihre Angelegenheiten bis zur Versammlung oder in derselben zu regeln. Der Kassirer des Vereins, Gustav Müller, wohnt Kirchhoffstr. 29, IV. In folgenden Zahlstellen sowie beim Kassirer werden auch neue Mitglieder aufgenommen: 1. A. Döppke, Rest, Karlsgartenstr. 1. 2. Reberau, Nigarrenweg, Hermannstr. 50. 3. Klein, Rest, Kaiser Friedrichstraße 236. 4. Thomas, Rest, Bergstr. 162. 5. Herrmann, Nigarrenweg, Kirchhoffstr. 1. 6. Sch. Rest, Jägerstr. 89. Die Bibliothek des Vereins befindet sich bei W. B. W. Rest, Löffelstr. 9. Dieselbe ist täglich geöffnet. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen finden Dienstags vor dem 15. jeden Monats statt. Näheres Annonce und Säulenanschlag. Der Vorstand.

Aus Rixdorf wird berichtet: Unsere Gendarmerei hat es den „woblgelittenen“ Bürgern Rixdorf's angethan. Es kränkt die Guten sehr, daß der zukünftigen Stadt die „keine, aber außerordentlich pflichtgetreue und thätige Beamtenschaft“ verloren gehen soll. Da

haben sich denn auch schon einige Leute zusammengefunden, um eine Petition an den Minister des Innern vorzubereiten, worin darum gebeten werden soll, daß man Rixdorf seine Gendarmerei lassen und sie höchstens verstärken möge. Wir wollen demgegenüber nur darauf verweisen, daß mehrere Parteigenossen in Rixdorf vor einigen Jahren es für nothwendig hielten, eine Kommission zur Beobachtung der Gendarmerei zu bilden.

Im Zeichen des Verkehrs. Die deutsche Reichspost scheint die Anstrengungen, welche ihr die Bewältigung des Neujahrs-Briefverkehrs auferlegt hat, noch immer nicht überwunden zu haben. Nur so ist es zu verstehen, daß eine am 6. d. M., Abends, beim Postamt 50 (Marburgerstraße) aufgegeben und nach Rixdorf adressierte Postkarte erst am Sonntag, den 8. d. M., früh, abgetreten worden ist. Nach Ausweis der aufgedruckten Stempel hat die Karte zur Jurisdiktion des Weges von Postamt 50 nach Rixdorf den Zeitraum von vierzehn Stunden gebraucht. Trotz dieser großartigen Leistung ist die Karte noch weitere zwölf Stunden liegen geblieben, bevor sie dem Adressaten ausgeliefert wurde. Da die Karte eine wichtige Benachrichtigung in Sachen eines gerichtlichen Termins enthielt, ist durch diese recht unliebsame Verzögerung dem Adressaten recht übel mitgespielt worden.

Was die Prozesse die Stadtgemeinde kosten, geht aus einer Mittheilung des Charlottenburger Magistrats an die Stadtverordneten hervor. Demnach sind allein im laufenden Rechnungsjahr an größeren Beträgen fast 3100 M. gezahlt worden, im Ganzen bereits 4790 M. In Sachen mit Kottenbäcker, dem Hauptbeteiligten bei den Riefelder-Prozessen, sind allein 312 Mark zu zahlen gewesen. Der Prozeß mit Wohlwörter Schwarz, der die Stadtgemeinde auf Wiederanstellung mit Erfolg verklagt hatte, hat 410 M. beansprucht. Die Klage des Hilfsarbeiters Grund auf Weiterbeschäftigung hat die Stadt 176 M. gekostet, der Prozeß Quistorp im Jahre 1898 allein 636 M. Von den anderen Prozessen kosteten Lude 255 M., Lohsig 70 M., Altdorf 164 M., Müller 380 M., Plegro u. Schmidt (die bekannte Kaufmann) 285 M., Schulz 121 M., Neumann 202 M. etc. Der Magistrat beantragt deshalb, die für Gerichts- und Stempel vorgehene Position von 4000 auf 6000 M. zu erhöhen, zumal da für die außerdem noch schwebenden Prozesse noch erhebliche Beträge zu zahlen sind.

Was Elektrizitätswerke einbringen. Der Bau des städtischen Elektrizitätswerkes in Charlottenburg soll schon im Laufe des Monats Februar in Angriff genommen werden, um das Werk rechtzeitig zum 1. April 1900 dem Betrieb übergeben zu können. Die zur Vorbereitung der Errichtung des Werkes eingesetzte gemischte Deputation hat am Sonnabend Abend in einer neuen Sitzung einstimmig beschlossen, das Angebot der Frankfurter Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals W. Lohmeyer u. Co. zu empfehlen. Diese hat sich verpflichtet, das Werk für den Preis von ca. 1.700.000 M. herzustellen, während Siemens u. Halske 2 Millionen M. verlangen. Die auswärtige Firma ist ferner bereit, für die Nacht des Werkes im ersten Jahre 7 pCt. des Herstellungswertes, im folgenden Jahre 8 pCt., im dritten 9 pCt. und vom vierten bis 10. Jahre 10 pCt. zu entrichten. Vom 10. Jahre an soll das Werk von der Stadt selbst betrieben werden. Vorausgesetzt, daß das Werk in städtischer Verwaltung sich ebenso ergiebig erweist, wird demnach die Stadt Charlottenburg im Laufe von wenig mehr als 10 Jahren ohne Kosten im Besitze eines städtischen Elektrizitätswerkes sein, das reichen Ertrag verspricht. Im städtischen Etat für das nächste Rechnungsjahr sind bereits nach dem Vorschlage des Magistrats 1.680.000 M. aus Anleiheemitteln eingestellt worden. Die Vorlage wegen der Vergabe des Elektrizitätswerkes dürfte die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer übernächsten Sitzung bereits beschließen. — Wenn es am Ende aber nicht gescheitert, daß die Stadt auch den von der Firma bestimmt erhofften Profit einzuflecken sucht?

Verunglückt ist in der neuen katholischen Kirche in Tempelhofer mit der Bedienung der Heizungsanlage beauftragte Arbeiter. Infolge des heftigen Windes hatte der Rauch im Kamin seinen genügenden Abzug. Dieses schloß den Arbeiter veranlaßt zu haben, das Ventil des Abzugskanals für die Gase und den Rauch zu öffnen, obwohl ihm dies unterlagt worden war. Durch das Ausströmen der Gase wurde er betäubt, und da Niemand zur Stelle war, um ihn aus seiner gefährlichen Lage zu befreien, trat der Tod durch Erstickung ein. Am folgenden Morgen wurde er in stehender Stellung mit dem Ventil in der Hand todt aufgefunden.

Die Einsetzung von Bezirksvorstehern mit äußerst wichtigen Verwaltungsbefugnissen plant der Magistrat von Schöneberg und zwar soll die Institution bis spätestens am 1. April d. J. errichtet sein. Eine Instruktion über die Pflichten und Befugnisse der Bezirksvorsteher ist soden fertiggestellt. Nach derselben werden die Bezirksvorsteher als Organe des Magistrats betrachtet und haben ihr Amt, das auf sechs Jahre verpflichtet, unentgeltlich zu verwalten. Sie sind gehalten, sich über alle Lokal- und Personalverhältnisse ihres Bezirkes genau zu orientieren, insbesondere berechnete Wünsche der Bewohner des Bezirkes, sowie Mißstände und Juwiderhandlungen gegen bestehende Verordnungen dem Magistrat anzugeben. Der Bezirksvorsteher hat sich weiter über Anträge auf Ertheilung der Schank- und Gastwirthschafts-Konzession, sowie zum Kleinhandel mit Branntwein und Spirituosen auf Ansuchen der Behörde gutachtlich zu äußern. Ferner hat er die Verhältnisse der zugehörigen Personen in Bezug ihrer Erwerbsfähigkeit und ihrer Substanzmittel genau zu untersuchen und diejenigen Rekluzierten, welche nicht hinreichende Rente besitzen, um sich und ihren Angehörigen nothdürftigen Lebensunterhalt zu verschaffen, solchen auch wieder aus eigenem Vermögen beistellen können, noch von einem dazu Verpflichteten erhalten, sofort der Armenverwaltung anzuzeigen. Auch die ihm von der Steuerdeputation ertheilten Aufträge über Ermittlungen bezüglich der Einkommens-, Vermögens- und Wohnungsverhältnisse durch Erhebung bei glaubhaften Personen oder auf andere geeignete Weise auszuführen und darauf zu achten, daß alle im Bezirk wohnenden steuerpflichtigen Personen zur Steuerzahlung herangezogen werden. Besondere Aufmerksamkeit soll er der Einschulung schulpflichtiger Kinder, der vorzeitigen Schulentziehung, sowie der geistwidrigen Beschäftigung in Fabriken zuwenden. Der Bezirksvorsteher, dem ein Amtstempel ausgehändigt wird, ist berechtigt, auf Grund persönlicher Feststellung den Bezirksbewohnern auf Verlangen Atteste über ihre bürgerlichen Verhältnisse auszustellen. Jeder Bürger ist verpflichtet, dem Bezirksvorsteher auf berechtigtes amtliches Verlangen Auskunft zu erteilen und seinen Beisungen nachzukommen.

Auf den Zeichen und Tümpeln der Berliner Umgebung ist man schon fleißig bei der Eisern. Jede noch so dünne Eisschicht wird sofort zu bergen gesucht.

Gerichts-Beitrag.

Das Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern eine neue Tagung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Reerscheim. Auf der Anklagebank erschien der Mechaniker Feigwald, welcher beschuldigt war des versuchten Mordes an seiner Ehefrau. Die Verhandlung bot das übliche Bild einer unglücklichen Ehe, bevor es zu dem Drama kam, welches das gerichtliche Nachspiel hatte. Ewald besaß früher eine bedeutende Klempnerei in Kiel und wurde damals auch mit Arbeiten für die Marine betraut. Er ergab sich dem Müßiggang, vernachlässigte sein Geschäft und gerieth dadurch bald in Vermögensverfall. Seine Ehefrau hatte ihn wiederholt verlassen und mit ihren Kindern Aufnahme im elterlichen Hause gefunden. Zuletzt siedelte sie allein nach Berlin über, wo sie in einer Fabrik mit der Anfertigung von Glühbirnen beschäftigt war. Sie führte einen tadellosen Lebenswandel und dies veranlaßte ihren Arbeitgeber, ihr Unterkunft in seiner in Char-

lottenburg gelegenen Privatwohnung zu gewähren. Der Angeklagte arbeitete während dieser Zeit in einer Klempnerei in Hamburg, die beiden jüngsten Kinder waren dort in Pflege gegeben worden, während die Mutter das älteste, ein fünfjähriges Mädchen, mit sich genommen hatte. Am 12. August fuhr der Angeklagte mit den beiden kleinsten Kindern nach Berlin. Er wollte wieder ein Zusammenleben mit seiner Ehefrau herbeiführen. Abends spät hatte er nach längerem Suchen den Aufenthalt seiner Ehefrau ausfindig gemacht, es war bereits gegen 11 Uhr, als er die Klingel an der Wohnung des Fabrikanten Soalfeld zog, bei dem seine Ehefrau wohnte. Ein Dienstmädchen öffnete und rief dann die Frau Ewald herbei. Diese war sehr überrascht, als sie ihren Ehemann mit den beiden Kindern vor sich sah. Der Angeklagte behauptete, daß seine Frau ihm mit den Worten entgegen getreten sei: „Was? Du bist es? Die Kinder können hier bleiben, aber Du scheerst Dich wieder fort!“ Als seine Frau bei dieser Erklärung beharrte, sei ihm der Gedanke gekommen, daß er Grund zur Eifersucht habe, in blinder Wuth habe er sein Taschenmesser gezogen, es geöffnet und damit einen Schlag gegen seine Frau geführt, die am Hals getroffen worden sei. Sie sei ausförend zusammengestürzt, er habe die Flucht ergriffen. Am folgenden Tage habe er seine Ehefrau im Krankenhaus aufgesucht. Er habe sie um Verzeihung gebeten und sie habe ihm auch verprochen, seinen Strafantrag zu stellen. Dies müsse von anderer Seite geschehen sein. Er bestreite entschieden, daß er Nordgedanken gehabt habe, als er seine Ehefrau aufsuchte, die That sei ein Ausbruch hoher Erregung gewesen. Die Ehefrau des Angeklagten machte von dem ihr zustehenden Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Das Dienstmädchen, welches dem späten Besuche geöffnet und die Frau Ewald gerufen hatte, bekundete, daß sie vom Zimmer aus die Worte des Angeklagten gehört habe: „Marie, willst Du nun mitkommen?“ Die Frau habe eine verneinende Antwort gegeben und gleich darauf aufgeschrien und die Worte ausgesprochen: „Nun ist es mit mir aus!“

Die Geschworenen verurtheilten ihr Verdict dahin, daß der Angeklagte des versuchten Mordes wie des versuchten Todtschlags nicht schuldig sei. Mildernde Umstände wurden zugestanden. Staatsanwalt Schäffer beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte seine Frau nicht an den Rand des Grabes gebracht und alles abgelehnt habe, was ihm nicht bewiesen werden konnte, die höchste Strafe von drei Jahren Gefängnis, stellte aber anheim, vier Monate auf die Unterbringungshaft anzurechnen. Der Verteidiger bat um eine wesentlich mildere Strafe. Das Urtheil lautete auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis.

Die Thomas-Phosphatmel- Angelegenheit des Bundes der Landwirthe soll nochmals eine eingehende Prüfung durch das Gericht erfahren. Gestern stand vor dem hiesigen Schöffengericht eine Privatklage der drei Vorstandsmitglieder des Bundes der Landwirthe gegen den Chefredakteur der „Nationalzeitung“ Herrn Köhner zur Verhandlung an. Als die verschiedenen Zeitungen Artikel über die Thomasmel- Angelegenheit veröffentlicht und den Bund der Landwirthe heftig angegriffen hatten, veröffentlichte dieser eine Erklärung, in welcher alle diese Angriffe als gänzlich unbegründet bezeichnet wurden. Gleichzeitig wurde die angreifende Presse mit nicht sehr schmeichelhaften Worten charakterisirt. Die „National-Ztg.“ fand diese Erklärung sehr lahm und kritisirte sie in dem unter Anlage gestellten Artikel in scharfen Worten, indem sie ausführte, daß nach dieser Erklärung feststehe, daß der Bund der Landwirthe thatsächlich den „Kandalösen“ Vertrag mit der Phosphat-Gesellschaft geschlossen habe, durch den die Abnehmer des Phosphatmelts „geprellt“ worden seien u. s. w. — Der Vertreter der Privatkläger, Rechtsanwalt M. Hoffmann, bezeichnete alle diese Behauptungen für gänzlich unwahr, während Rechtsanwalt Silberstein in Vertretung des Justizraths Dr. Sello namens des Beklagten den Wahrheitsbeweis beantragte. Durch Zeugenvernehmung soll festgestellt werden, ob nicht die Bundesleitung den Bundesmitgliedern die Lieferung von Thomasphosphat zu den billigen Wagonpreisen versprochen, andererseits aber mit den Lieferanten einen Vertrag abgeschlossen habe, durch welchen der Bundeskasse auf Kosten der Abnehmer ein Profit von 20.000 M. zugeflossen sei, daß ferner dieser Gewinn verschleiert worden sei und eine Schädigung der Abnehmer vorliege, da diese thatsächlich höhere Preise als bei der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft hätten zahlen müssen. Der Verteidiger beantragte ferner, die Geschäftsbücher und Korrespondenzen des Bundes der Landwirthe, so weit sie auf diese Angelegenheit Bezug haben, durch einen Sachverständigen prüfen zu lassen, prinzipieller aber dem Angeklagten den Schuß des § 198 zuzubilligen event. auf Grund des § 198 (wechselfeitige Beleidigung) auf Freisprechung zu erkennen. — Da in der Verhandlung zur Sprache kam, daß eine ganz gleichartige Sache gegen den Chefredakteur S. e. p. h. n. j. s. w. in welcher genau dieselben Beweisanträge gestellt worden sind, so beschloß der Gerichtshof, zunächst eine Verbindung der beiden Sachen herbeizuführen.

Die eide Entlohnung der Postbeamten. Wegen Amtsvergehens, zu welchem große Noth den Ausgangspunkt gebildet, stand gestern der Postkassierer Ludwig Müller vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war bei dem Briefpostamt angestellt, sein Gehalt betrug anfangs 700 M., später 900 M. jährlich, wozu noch 240 M. Wohnungsgeldzuschuß traten. Da er eine Frau und zwei Kinder zu ernähren hat und die kranke Frau wiederholt ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen hatte, so kam der Angeklagte in bittere Noth, er machte Schulden und wurde von Gläubigern stark bedrängt. Einige von ihnen hatten sich auch schon an seine vorgesetzte Behörde gewandt und er lebte, wie er gestern versicherte, in der Besorgniß, sein Amt zu verlieren, wenn er nicht für Dedung seiner Schulden sorgte. In dieser Gemüthsverfassung will er auf die That verfallen sein, die ihn auf die Anklagebank gebracht hat. Er hatte wiederholt freiwillig bei dem sogenannten „Großfortiren“ der eingegangenen Briefe mitgeholfen und diese Gelegenheit benützt, um in mindestens sechs Fällen Soldaten-Briefe verschwinden zu lassen. Er hat diese alldam auf dem Abort geöffnet, sie ihres Inhalts, der zumeist aus Postmarken bestand, beraubt und die Briefe selbst vernichtet. In einem derartigen Falle ist er bei der That abgefaßt worden und hat dann sein Vergehen reumüthig zugestanden. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Voruntersuchung gegen den des Mordes an der Vertha Singer verdächtigten Schneider Guthmann ist noch immer nicht zum Abschluß gebracht und es dürfte noch eine geraume Zeit dauern, ehe sich das Schwurgericht mit der Angelegenheit beschäftigen kann. Neuerdings hat es der Untersuchungsrichter für nothwendig erachtet, sich nicht mit dem Gutachten der beiden bisher thätig gewesenen Schreibschaffverständigen über die den G. verdächtigenden Briefe zu begnügen, sondern noch zwei weitere Gutachten, darunter das des Landgerichtsdirektors Drogosin vom Landgericht II einzuziehen. Guthmann verbleibt abrigens seinem Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwandt gegenüber bei den Behauptungen seiner Unschuld und soll noch immer der Ansicht sein, daß die Anklage überhaupt nicht erhoben wird.

Die man Arbeiter unter dem Zuchtandursen verurtheilt. Seit über den Antrag des Staatsanwalts hinaus ging die zweite Strafkammer am Landgericht II in gestriger Sitzung bei der Beurtheilung einer Rädigung und eines Hausfriedensbruchs, welche Defekte dem Bauarbeiter Gottlieb Häring aus Schöneberg zur Last lagen. Der Angeklagte war mit dem Gärtner Prezini auf einem Neubau des Bauunternehmers Schulze in Schöneberg als Handlanger beschäftigt. Es gab 85 Pf. Stambenlohn, Häring wollte aber für diesen Lohn nicht weiter arbeiten, er wollte 40 Pf. haben. Er bewog den Prezini, mit ihm gemein-schaftliche Sache zu machen. Am 22. September suchten beide den Schulse auf, den sie vor dem Bauureau trafen und trugen demselben ihr Anliegen vor. Sie wurden damit abgewiesen und legten nun sofort die Arbeit nieder. Gleichzeitig verlangten sie Auszahlung ihres Lohnes, Schulse erklärte, Lohn gebe

es erst am Sonnabend, Haring folgte ihm aber in das Bauereu und erklärte: „Wir schlagen Alles kurz und klein, wenn wir nicht sofort unser Geld kriegen!“ Schulze forderte ihn wiederholt auf, die Bude zu verlassen, Haring ging aber nicht, und als ihn der Kirchweiber hinauswerfen wollte, kam es zwischen beiden Männern zum Ringen. Schulze mußte sich schließlich bequemen, den Lohn auszulassen. Der Angeklagte suchte sein Verhalten damit zu entschuldigen, daß hinterher von den Bauunternehmern stets sehr schlecht Geld zu kriegen sei und daß man hinterher immer so und so viel mühselige Wege machen müsse. Staatsanwalt Schulze beantragte 4 Wochen Gefängnis, der Gerichtshof aber erkannte wegen der Nöthigung auf zwei Monate und wegen des Hausfriedensbruchs auf 6 Wochen Gefängnis. Beide Strafen wurden zu drei Monaten Gefängnis zusammengezogen. — Dieser fürchterlichen hohen Strafe hatte man gegenüber, daß vor einigen Tagen der Kaufmann Rauwed, der sein wehrloses Dienstmädchen aus wichtigen Gründen jämmerlich geprügelt hatte, vom Landgericht II zu sage und schreibe dreißig Mark Geldstrafe verurtheilt wurde. Die Arbeiter werden nicht verstehen, in der Agitation für ihre Befreiung das ihnen durch die moderne Rechtsprechung zur Verfügung gestellte Material nach Kräften zu benutzen.

Eine Spionin. Ein unangenehmes Vorkommniß, welches einem weiblichen Detektivbeamten begegnete, lag der Verurteilung wegen Freiheitsberaubung zu Grunde, die gestern das Berliner Appellat-Gericht vor die 3. Strafkammer des Landgerichts I führte. Das 17-jährige „Kräulein“ Frensch stand in den Diensten des Detektivinstituts „Greif“, dessen Inhaber, der frühere Kriminalkommissar Grümacher, sich demnach wegen Verleitung zum Meineide zu verantworten haben wird. Ein Hausmann (H) beauftragte das Institut, Nachforschungen über das Vorleben einer jungen Dame anzustellen, welche Ansprüche gegen ihn geltend machte. Das Institut betraute Fr. Frensch mit den Ermittlungen und diese wandte sich an die Ehefrau Kuphal, bei der die betreffende Dame gewohnt hatte. Sie führte sich bei ihr in unverfänglicher Art ein, bejahte mit ihr ein Vergnügungslokal und erfuhr dabei denn auch manches, was sie zu verwerthen vermochte. Sie schied mit dem Versprechen von der Frau Kuphal, daß sie ihren Besuch am folgenden Vormittag wiederholen würde. Als dies geschah, fand Fr. F. nicht die freundliche Aufnahme wie Tags zuvor. Die Frau Kuphal hatte inzwischen erfahren, daß die Besucherin im Dienste des „Greif“ stand, sie ärgerte sich darüber, daß sie sich von ihr hatte ausforschen lassen und machte dem Fr. F. Vorwürfe, daß sie sich nicht zu erkennen gegeben habe. Als Fr. F. sich entfernen wollte, versperrte Frau Kuphal ihr den Ausgang und hielt sie so lange in der Wohnung zurück, bis ihr Ehemann sich angelagert hatte. Dann mußte die Spionin mit diesem zur Bude gehen, um dort ihre Persönlichkeit feststellen zu lassen. Die Anzeige findet die Freiheitsberaubung in dem Festhalten in der kuphal'schen Wohnung. Die Beschuldigten behaupteten, daß die Frau F. in Betreff der Zeit, während der sie in der Wohnung habe warten müssen, arg übertriebe, und der Verteidiger machte geltend, daß ein junges 17-jähriges Mädchen, das sich von einem Detektivinstitut anwerben lasse, über einen hohen Grad von Verschämtheit verfügen müsse und deshalb keinen Anspruch auf vollen Glauben habe. Der Gerichtshof trat dieser Ansicht zwar nicht bei, kam aber doch zu einem freisprechenden Erkenntniß. Der Ehemann Kuphal habe sich an dem Festhalten der Frau F. in seiner Wohnung überhaupt nicht betheiligigt und seine Ehefrau sei freigesprochen worden, weil die Frau F. doch in der Verhandlung den Eindruck gemacht habe, als ob sie den Vorgang in übertriebener Weise schilderte.

Verhandlungen.

Zur Generalversammlung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Ostern in Halle stattfindet, nahm die Verwaltungsstelle Berlin in einer außerordentlichen Generalversammlung, die am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain tagte, Stellung. Rätber, der das einleitende Referat hatte, führte aus, daß der wichtigste Gegenstand der in Halle zu verhandelnden Tagesordnung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei. Nicht aus Mitleid mit den Arbeitslosen solle die Unterstützung eingeführt werden, sondern nur auf Grund der kühlen Erwägung, daß sie die Organisation in die Lage setze, ihre Ausgaben — Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse — mehr als bisher erfüllen zu können. Wenn man die Unterstützung einführe, so werde dem Wechsel in der Mitgliedschaft Einhalt gethan und die Mitglieder an den Verband gefesselt, ferner würden auch die arbeitslosen Kollegen, wenn sie eine Unterstützung bekommen, nicht nöthig haben,

unter allen Umständen und zu jeder Bedingung Arbeit anzunehmen und aus Noth zu Lohnstricken zu werden. Der Einwand, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung den Klassenkampf beeinträchtige, sei demnach hinfällig. Unter Hinweis auf das Beispiel anderer Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenunterstützung bereits haben, vertrat der Redner die Ansicht, daß die Einführung derselben auch für den Metallarbeiter-Verband durchführbar und nöthig sei. Eine Vertrauensmänner-Sitzung habe sich mit 800 gegen 12 Stimmen für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ausgesprochen.

Mohrke sprach sich in längerer Rede gegen das Arbeitslosenunterstützungswesen aus. Die Mehrheit der Mitglieder — meinte er — verhielten sich gegen dasselbe nicht nur passiv, sondern sogar ablehnend. Die Einführung von Unterstützungen verwiße die Prinzipien des Klassenkampfes. Das hätten die heutigen Befürworter der Arbeitslosenunterstützung früher auch gesagt. Man ziehe immer die englischen Gewerkschaften mit ihrem ausgedehnten Unterstützungswesen zum Vergleich heran, aber ganz mit Unrecht. Die Trades-Unions hätten auf konservativer Grundlage begonnen und sie entwickelten sich jetzt zum Sozialismus, während die deutschen Gewerkschaften sich durch Einführung des Arbeitslosenunterstützungswe- sens vom sozialistischen Standpunkt entfernten. Den Verband der Buchdrucker dürfe man gar nicht als Beweis für die vorliegende Angelegenheit heranziehen, denn derselbe sei nicht mehr in der Lage, trotz seines nach Millionen zählenden Vermögens, Klassenkämpfe zu führen. Der Buchdrucker-Verband werde ja auch von seinen eigenen Mitgliedern als nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehend betrachtet. Ein organisirter Buchdrucker habe dem Redner gesagt: „Wollt Ihr Eure Organisation auf dasselbe Niveau herabdrücken, auf dem der Verband der Buchdrucker steht, dann führt das Arbeitslosenunterstützungswesen ein“. Der Redner schloß unter Beifall der Minorität mit der Aufforderung, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung abzulehnen. — Unter lebhaftem Widerspruch der Unterstützungsgegner wurde nun die Debatte geschlossen und die Einführung der Arbeitslosenunterstützung mit großer Mehrheit gebilligt. Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung das Resultat der Abstimmung an. — Hierauf wurden einige von der Verwaltungsstelle Berlin beantragte Statuten-Änderungen ohne Debatte genehmigt. Eine längere Diskussion rief ein von Rätber begründeter Antrag hervor, wonach die Verwaltungsstellen im Staat das Recht eingeräumt werden soll, zur Deckung außerordentlicher Ausgaben Extrabeiträge neben den ordentlichen Verbandsbeiträgen zu erheben. Durch diese Extrabeiträge sollen die bisher üblichen Sammlungen freiwilliger Beiträge abgeseht werden. Die Versammlung stimmte für den Antrag. Eine von Mohrke beantragte Statutenänderung, welche bezweckt, die Genehmigung von Ausständen in bestimmten Fällen nicht vom Votum des Vorstandes abhängig zu machen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt. — Die Spezialdiskussion über die Einzelheiten der Arbeitslosenunterstützung soll in einer späteren außerordentlichen Generalversammlung stattfinden. — Hierauf wurden eine Reihe von Kandidaten für die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung in Halle aufgestellt. Die Wahl selbst soll in der nächsten Versammlung vorgenommen werden.

Schöneberg. Am Montag, den 2. Januar, fand bei Obst eine Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Nach dem in derselben gegebenen Kaschenbericht betragen die Einnahmen im letzten Quartal 857 M., die Ausgaben 272 M., mithin bleibt ein Kaschenbestand von 585 M. Ferner gelangte ein Antrag des Vorstandes betr. Erweiterung der Bibliothek, der schon an anderer Stelle wiedergegeben wurde, zur Annahme. Die nächste Versammlung findet am 16. Januar statt.

Verein selbständiger Fensterputzer. Heute: Versammlung bei Rehnwald, Alte Jatostr. 54/55.

Vermischtes.

Kampf für Ordnung, Religion und Sitte. Aus Mech meldet der Telegraph: Der „Recher Zeitung“ zufolge fand Montag Morgen hier ein Bistrolenduell mit tödtlichem Ausgang zwischen einem Offizier und dem Sohne des Großmüllers Tillmann statt. Der Letztere ist gefallen.

Eine ganze Reihe von Schiffsunfällen wird gemeldet. Der in Antwerpen angelommene Kapitän des englischen Dampfers „Reggie“ erzählt, er habe in der Nähe des Kap Cuesant einen ihm unbekanntem Dampfer gesehen, der zu scheitern drohte. Vom englischen Dampfer konnte nicht das Geringste gethan werden, um den Schiffbrüchigen zu helfen, da der „Reggie“ selbst Havarie er-

litten hatte. — Der Kapitän des englischen Dampfers „Lord Louis Stive“ meldet, daß er unterwegs vier Mann der Besatzung des englischen Dampfers „Booler“ an Bord genommen habe. Man glaubt, daß die übrige Besatzung des „Booler“ umgekommen ist. — Der Dampfer „Marche“, welcher aus Philadelphia in Antwerpen angekommen ist, hat unterwegs schwere Havarie erlitten, wobei vier Mann der Besatzung schwer verwundet worden sind.

Von den verunglückten Alpentouristen. Der am Eistenpaf in der Schweiz verunglückte Dr. Mönnichs ist, wie die Münchener Neuesten Nachrichten melden, der neugewählte erste Schriftführer der Sektion München des „Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereins“, Assistent der königlichen Meteorologischen Zentralfstation in München, und hatte die Bergpartie mit zwei Freunden, dem Dr. Ehlerz aus Straßburg und Leutnant Baron v. Höberg von der Garnison Straßburg, unternommen. Letzterer hatte jedoch die weitere Bergpartie aufgegeben und war nach Straßburg zurückgekehrt.

Aus München wird vom Sonntag berichtet: Zum Gedächtniß Gabelberger's veranstalteten heute auf dem südlichen Friedhofe am Grabe Gabelberger's die Gabelberger'schen Stenographen-Vereine eine würdige Gedächtnißfeier, zu welcher zahlreiche Vertreter hiesiger und auswärtiger Vereine sich eingefunden hatten. Nach einem vom Münchener Männergesang-Verein vorgetragenen Trauer-Gesang legte Gymnasial-Professor Ruch den ersten Kranz im Namen des deutschen Stenographenbundes am Grabe nieder und feierte das Werk Gabelberger's in längerer Rede. Unter den in großer Zahl aus ganz Deutschland an der Grabstätte niedergelegten Kränzen befand sich eine Spende des hiesigen Bundes der Stenographischen Schule Stolze-Schrey. Zum Schluß sprach ein Nachkomme Gabelberger's, Ober-Leutnant a. D. Westermayer, im Namen der Angehörigen der Familie Gabelberger den Dank für die ehrenvolle Beweise treuer Anhänglichkeit aus.

In München zerstörte ein Großfeuer am Sonntag früh das Stabtablissement „Orpheum“ in der Nähe des Sendlinger Thores. Der große Theatersaal, in welchem bis kurz vor Ausbruch des Feuers ein Maskenfest stattgefunden hatte, sowie die sonstigen Lokalitäten sind vollständig ausgebrannt; der Dachstuhl ist eingestürzt. Der Feuerwehrgelung gelang es, die Nachbarhäuser zu retten. Menschenleben sind nicht zu beklagen. — In Billwärder bei Hamburg wurde Sonnabend Abend das Hauptgebäude der Chemischen Fabrik Billwärder vorm. Hell u. Schamer durch Feuer zerstört. Werthvolle Maschinen sind vernichtet. Der Schaden beträgt, der „Hamburgischen Wochensche“ zufolge, etwa 400 000 M. Die übrigen Fabrikgebäude wurden nicht beschädigt; der Brand war gegen 12 Uhr Nacht beendet.

Aus Szegedin wird vom Montag berichtet: Durch einen furchtbaren Schneesturm wurde hier und in der Umgegend großer Schaden angerichtet. Ein Boot, in welchem vier Bauern sich über die Theis setzen ließen, schlug um, und sämtliche Insassen ertranken.

In Port Said herrschte am Sonntag großes Unwetter, so daß die Schiffe nicht in den Hafen einlaufen konnten; der Leuchtturm mit seinen Lichtern auf der westlichen Seite ist zerstört, ein englisches Fahrzeug ist in der Nähe des Hafens gescheitert und befindet sich in gefährlicher Lage.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

H. K. 81. Sie thun am besten, wenn Sie das hiesige Bezirkskommando um Auskunft ersuchen.

Dehmel. Erhalten Sie in der Buchhandlung Vordorff, Deutschstr. 2, 60f

Witterungsbericht vom 9. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. °C.	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. °C.
Schwabmünde	760	SO	1	Rebel	2	Saparanda	761	SW	—	bedekt	-20
Damburg	760	SO	2	Rebel	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	761	SW	2	bedekt	5	Port	746	SE	3	4wollig	9
Biesbaden	762	SW	1	bedekt	-2	Kerben	747	SE	—	25. bed.	7
München	763	SO	2	wolllent	-2	Paris	757	SO	2	wolllent	3
Wien	766	SW	1	Rebel	-1						

Weiter-Prognose für Dienstag, den 10. Januar 1899. Nacht etwas kälter, am Tage ziemlich warm, zeitweise heiter, vielfach neblig mit geringen Niederschlägen und schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung! Sozialdemokratischer Wahlverein für d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Osten).
Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr,
bei Breuer, Grosse Frankfurterstrasse 117 (Königsbank):
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Paul Singer über: „Die Vorlagen des Reichstages“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!
Mittwoch, den 11. Januar cr., Abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend bei Keller, Koppenstraße Nr. 29.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Streikfonds 1898 und Bericht der Rechnungs-Kommission. 2. Wahl der Lohnkommission, Referenten und Beirathsammler. 3. Beschlußfassung über die Herausgabe der Sammelkarten für dieses Jahr. 4. Gewerkschaftliches. Die Lohnkommission. 5. H. H. Metzke.
NB. Kollegen! In dieser Versammlung wird die gedruckte Abrechnung ausgelesen und ist es Pflicht jedes einzelnen Kollegen, pünktlich in der Versammlung zu erscheinen.
1/1 D. C.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. General-Versammlung
am Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, Kaschenbericht und Bericht der Referenten
2. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emanuel Warm über: Die Gewerbe-Aufsicht im Deutschen Reich. 3. Diskussion. 4. Wahl eines Komitees zum Stiftungsfeste.
Der Vorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Morgen, Mittwoch: Vereins-Versammlung.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Achtung, Berlmutt-Arbeiter!
Dienstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr:
Versammlung
im Lokale des Herrn Fritz Wilke, Albrechtstr. 26.
Tages-Ordnung:
1. Zur Lage der Verbannt-Arbeiter. Referent: Dr. Sommerfeld.
2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
7/7

Verein d. Arbeiter u. Arbeiterinnen der Wäsche- u. Krauttenbranche Berlins und Umgegend.
Dienstag, den 10. Jan., Ab. 8 1/2 Uhr, d. Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht- und Jahresbericht des Vorstandes. 2. Bericht der Bibliothekare und des Arbeitsvermittlers. 3. Neuwahl des Vorstandes, des Bibliothekars, des Arbeitsvermittlers und der Referenten. 4. Verschiedenes. Einem zahlreichen Besuch erwünscht.
Der Vorstand.
Ausgabe der Billets zu unserem am 4. Februar cr. stattfindenden **Erntefest in Karpdorf**, sowie der Billets zur „Orania-Vorstellung“ zur Aufführung gelangt: „Am Rande der Hjerde“, eine Fahrt nach der Winterhochsee. — Billets sind bei Bergt, Landwehrstraße 1, sowie bei Stanowetz, Döbestr. 48, zu haben.
25/1

Arbeiter-Bildungsschule.
Donnerstag, den 12. Januar 1899, Abends 8 Uhr,
in Keller's Kaffeehaus, Koppenstr. 29:
Große Volksversammlung.
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten August Bebel über: „Die handelspolitische Entwicklung“
Eintritt 10 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Photographie
12 Bistl 3,80 M. 6840
2 Kabinett gratis.
Kinder und Gruppen gleiche Preise.
12 Kabinett 6,80 M.
E. Hering, Schönhauser-Allee 146.
Aufgang Ecke Kastanien-Allee.

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: Porzellan- und Fayence-Arbeiten, sowie alle Arten Porzellan- und Fayence-Arbeiten, sowie alle Arten Porzellan- und Fayence-Arbeiten, sowie alle Arten Porzellan- und Fayence-Arbeiten.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

PATENTE
erwirkt und vererbt
F. W. Chrometzka
Patent-Bureau
Berlin N. 4, Chausseestr. 20.
Magdeburger Sandstein-Plättchen für Kupfer billig
Müllerstr. 155 bei Ruppert.
Arbeiter
a. d. Gewerbe ob. Danneberg, welche genaue Kenntnis e. lohnenden Werkes besitzen, gute Zukunft gesich. durch Mittheilung hierüber. Briefen unt. R. 8. beförd. die Exp. d. „Borw.“, 106

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Dienstag, 10. Januar. **Cyrenhaus.** Die Humme von Portici. Anf. 7 1/2 Uhr. **Schauspielhaus.** Auf der Sonnenleite. Anfang 7 1/2 Uhr. **Deutsches.** Cyrano von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr. **Festung.** Mathias Gollinger. Anfang 7 1/2 Uhr. **Berliner.** Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr. **Reichens.** Kamille Tourillon. Vorher: Der Riesenjäger. Anfang 7 1/2 Uhr. **Neues.** Hofm. Anfang 7 1/2 Uhr. **Metropol.** Die Keinen Widu's. Hierauf: Die Engländer. Anfang 7 1/2 Uhr. **Schiller.** Hannele's Himmelfahrt. Abn. Seld. Anfang 8 Uhr. **Wetten.** Fra Diavolo. Anfang 7 1/2 Uhr. **Central.** Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr. **Kuffen.** Und liebe Geld. Anfang 8 Uhr. **Thalia.** Mein Leopold. Anfang 7 1/2 Uhr. **Welle-Alliance.** Napoleon. Anfang 8 Uhr. **Chend.** Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr. **Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Onkel Tom's Hütte oder: Sklavensleben in Amerika. Anfang 8 Uhr. **Alexanderplatz.** Verbotene Liebe. Anfang 8 Uhr. **Parodie.** Emma von Falkenstein. Die eingemauerte Königin. Anfang 7 1/2 Uhr. **Urania.** Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Tägl. Ich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Die Urzeit des Menschen“. **Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon. **Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. **Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. **Feen-Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. **Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater. (Wagner-Theater). Dienstag 8 Uhr: **Hannele's Himmelfahrt.** Hierauf: **Abn. Seld.** Mittwoch 8 Uhr: **Die Leibrente.** Donnerstag 8 Uhr: **Die Leibrente.**

Thalia-Theater. Dreßdenerstr. 72/73. Gastspiel **Emil Thomas Mein Leopold.** Original-Bolkshück mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) v. Adolph L'Arronge. Musik v. H. Dial. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag, den 15. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Eva-Apfel.**

Metropol-Theater. Behrenstr. 51/57. Dir. Rich. Schultz. Zum 15. Male: **Die Keinen Widu's.** Operette in 3 Akten v. André Messager. Hierauf: **Die Engländer.** Ballet in 14 Bildern von F. Regel und J. Bayer. Nachmittags fällt das Konzert aus. Anfang 8 Uhr: Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen Mittwoch und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater. Direktion: José Foranzy. **Die Puppe (La Poupée)** Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturges. Musik von Ed. Audran. Die Pausen finden nach dem zweiten und dritten Akte statt. Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).** Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Bettelstudent.** Operette von Karl Millöcker.

Reichshallen. Stettiner Sänger (Mensel, Vietro, Britton, Zeidl, Krone, Köhl, Schneider und Schröder.) Zum Schluss: **Pepita vor Gericht.** Ensemble von Dreyfel. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orch.-Loge 1.50. Fremden-Loge 2 M. Tageskasse von 11-1 Uhr. **Reichshallen-Restaurant.** Mittwoch, 18. Januar: Benefiz für das Reichshallen-Orchester.

Urania Taubenstrasse 48/49. Im Theater: **Die Urzeit des Menschen.** Im Hörsaal: **Dr. Nass:** Die chemische Urstoffe (Experimental-Chemie II). **Invalidenstr. 57/62:** **Tägl. Sternwarte.**

Passage-Panoptikum. Von 6 Uhr ab: **Théâtre varié.** Um 8 1/2 Uhr Auftreten der **Adrienne Gaston,** einzigen Rivalin der **Yvette Guilbert.**

Castan's Panopticum. Die **SIOUX-INDIANER** sind da!

Luise-Theater 31. Reichenbergerstraße 31. **Robit!** Abends 8 Uhr: **Robit!** **Um's liebe Geld.** Volkshück mit Gesang in vier Akten von Johannes Ehner. Musik von H. Krause. Morgen und folgende Tage: **Um's liebe Geld.** Sonntag, 14. Januar, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: **Die berühmte Widerspenstige.**

Opfend-Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. **Wirliches Wasser! Wirliches Wasser!** Zum 17. Male: **Der Brandstifter** Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Dantonsky. Musik von F. Hall. Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** Anfang der Nacht 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.** Sonnabend: 6. Schüler-Vorstellung: **Wilhelm Tell.** Anfang 2 1/2 Uhr. Kleine Preise. **Wohl nie hat eine Robitität wie die des sensationellen Ausstattungsstückes „Der Brandstifter“ so eingeschlagen und solchen Beifall hervorgerufen. Fast täglich lautet die Devise an der Kasse ausverkauf!**

Olympia-Theater Karlstr. (Circus Renz) Karlstr. Abends 8 Uhr: Zum 112. Male: **Mene Tekel.** Jeden Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr: **Dornröschen.** Besonders hervorzuheben: **Die Bonbon-Kanone.** Halb Preise. 1 Kind frei. Sonnabend, den 14. Januar: **I. Gr. Masken-Ball.**

Circus Renz-Riesen-Tunnel. Direktion: J. M. Hätt. **Täglich: Grosses Konzert** der Handkapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und **Grosse Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des beliebten Humoristen **Gustav Kluck.** Das vollständig neue Jahresprogramm. Anf. Wochent. 9 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Mähr's Theater Craniestr. 21. **Schnapphahn, Fink & Schraube** Poffe mit Gesang und Tanz. **Real Valori's** Gesangsduett. **Real Fuchs** mit selbstverf. Schlager. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr. **Sonnabend** haben Wochentags Gültigkeit. **Avs!** Donnerstag, 19. d. Mt.: **Benefiz für Willy Harnisch.**

Volks-Theater im Welt-Restaurant Dreßdener-Strasse 97. Dir.: A. Kollg. Art. Leiter: A. Runge. **Große Gala-Spezialitäten und Theater-Vorstellung.** **Robit!** Durch die Blume. Große Ausstattungs-Operette. **Unter Volke!** Lustspiel. Gesangs-P. **Rudi Saberto,** phänomen. Jongleur. **Rudins,** Gaubersparadiesen. Sonntag 8 Uhr. Ende 11 Uhr. Anfang: Wochent. 8 Uhr.

Bekanntmachung betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung der **Wachfrauen und Schneiderinnen (Näherinnen).** Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß für die im Haushalte beschäftigten **Wachfrauen und Schneiderinnen (Näherinnen)** Marken der Invaliditäts- und Altersversicherung nicht ordnungsmäßig verwendet werden. Zur Verwendung der Marken ist derjenige Arbeitgeber verpflichtet, bei welchem die betreffende Wachfrau bzw. Schneiderin zuerst in der Woche beschäftigt ist; ist die letztere nicht im Besitze einer Cuttungskarte, so hat der Arbeitgeber bei dem Polizeirevier die Anschaffung einer Karte zu veranlassen und in dieselbe die Marke einzufügen. Zur Verwendung gelangen in der Regel die 20 Pfennig-Marken der II. Lohnklasse. Wir richten an die Haushaltungsvorstände das dringendste Ersuchen, für die ordnungsmäßige Verwendung der Marken im Interesse der Arbeiterinnen Sorge zu tragen. Wir werden die Haushaltungen einer strengen laufenden Kontrolle über die Verwendung der Marken unterziehen und die Nichtbefolgung der gesetzlichen Vorschriften unmissverständlich mit Ordnungsgeldstrafen ahnden, sowie auch für nachträgliche Einziehung der Marken von den Arbeitgebern Sorge zu tragen. Berlin, den 3. Januar 1899. **Invalideitäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin.** Der Vorstand. Dr. Freund. Dr. Sträter.

Alcazar-Theater Dreßdenerstr. 52/53. City-Passage. Neu! Täglich: **Neu! Eine Sommerwohnung in Charlottenburg.** Poffe von H. Kimo. **Grosser Erfolg der vorzüglichen Grotesque-Duettisten Les soeurs Bonheur.** Auf allgemeines Verlangen: **Zant-Deufelchen!** Niederpiel von H. Lindner. Musik von Kölle. **Tägl. wechselndes Programm.** Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntag: 6 1/2 Uhr. Entree: Wochentags 40 Pf. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

Circus Busch Dienstag, den 10. Januar 1899, Abends 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.** **PERSIEN.** Besonders hervorzuheben: **Ritt über die hundert Fuss hohe Burgmauer.** Außerdem: 6 arab. Schminkebenge, breitet und vorgeführt vom Direktor Busch. **Roberte Reiterstücke,** geritten von 4 Damen. **Wär u. Schilddusche,** höchst kom. Intermezzo. 100 Gesangs-, männliche und weibliche, darunter die besten Parterre-Prenger der Gesellschaft. **Aufstehen der Elite-Afrosidien Relampagos.** **Wigert-Clown Alfred Daniels** als Professor der Magie. **Clown Bogdanowski** mit seinem **Ruderver.** Morgen 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Feen-Palast-Theater Burgstr. 22. Bergstr. 22. Das erfolgreiche **Januar-Programm.** Real! Um 8 1/2 Uhr: **Real! Endlich zu Zweien.** Gelangspoffe von Joh. Ehner. Lehmann: **Richard Winkler.** Im Spezialitätenheft besonders hervorzuheben: **Fred Dewey,** **Gebr. Kisselly,** **Louise v. Dolffs,** **Gebr. Vero,** **Michaelalniko-Gesellschaft,** **Kauf. Orig.-Sänger u. Tänzer.** Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr. **Sonntagsvorm. v. 11-1 Uhr.**

Apollo-Theater. Direktion E. Waldmann. **Carola** **Débriège** **Alexia** und 15 auserlesene **Spezialitäten.** Anfang 7 1/2 Uhr. **Wedding-Park** Müller-Strasse 178. **John Dimpfag:** **John Dimpfag:**

W. Noack's Theater Brannenstr. 16. Heute Dienstag, den 10. Januar: **Die Lieder des Musikanten.** Volkshück mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kneisel. Nach der Vorstellung: **Lanzfränzchen.**

Neue freie Volksbühne. Sonntag, den 15. Januar er., Nachmittags präzise 2 1/2 Uhr, im **Ostend-Carl Weiss-Theater:** **Paul Lange und Cora Parsberg.** Drama in 3 Akten von Björnstjerne Björnson. Regie: **Cord Sachmann,** Ober-Regisseur des Deutschen Theaters. Die Verlosung der Plätze beginnt 1 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich zu sein. **Neuaufnahmen** werden jederzeit durch die Jahreshellen, sowie durch Unterzeichneten vorgenommen, jedoch bedarf es zum Besuche der Vorstellung einer vorherigen Anmeldung von drei Tagen. **Avs:** Der Kunsthallen **Rivera,** Potsdamerstr. 20, eröffnet eine Ausstellung des als Schüler der Berliner Volkshöhe rühmlichst bekannten **Rafels Hans Galkus** und anderer namhafter Künstler. Für die Mitglieder der **Neuen freien Volksbühne** ist zu den Sonntagen am 15., 22. und 29. Januar das Entrée auf 20 Pf. ermäßigt. — Mitgliederkarte legitimiert. 150/1. J. A.: **Ad. Löhr,** Kassierer, Adlerstr. 40.

Oranien-Hallen Am Moritzplatz. Oranienstr. 51. Am Moritzplatz. Inhaber: **Hermann Scholze** 6139* empfiehlt seine Säle den Vereinen zu Versammlungen und Festlichkeiten. Im unteren Saal täglich: **Frei-Konzert.** **Möbel und Polsterwaren.** Grobes Lager. Arbeit, äußerst billige Preise, empfiehlt **A. Schulz,** Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlung! **Karol Weil's Seifenextrakt** macht die Wäsche blendend weiss.

Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81. Jeden Sonntag u. Mittwoch: **Ensemble-Szenen-Konzert** und **Spezialitäten-Vorstellung.** Passé-partouts werden jetzt, für das ganze Jahr gültig, vergeben. **Anfang:** Sonntag 5 Uhr. Entree 30 Pf. **C. Peters.**

Concerthaus Leipzigstr. No. 48. Täglich: **Hoffmann's Quartett-Humoristen** Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Zum Schluss: **Das Versprechen hinterm Herd.**

Masken-Garderobe. Größte Auswahl. Billigste Preise. Verein. Preisermäßigung. **Fr. Panknin,** Craniestr. Nr. 178 II. Adalbertstr. 91. Ede Craniestr. **Achtung!** [6172*] **Vereine.** Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereinen zu vergeben. **Freih. Nagel.** „Reichshallen“, Müllerstr. 142.

Die Festsäle und der Garten werden vom 1. April 1899 wieder an **Genossenschaften, Gesang-, Theater- und Bergnützungs-Vereine** unter folgenden Bedingungen zu Festlichkeiten vergeben. **Rechtzeitige** Bewerbungen ersucht **Julius Wernau,** 6372* Gastwirt, Schwedterstr. 23/24.

Sophastoffe auch **Bette** in **Woll, Damast, Erde, Wollstoffe, Gobelins** und **Wollstoffe!** [6172*] **Proben franko!** **Läuferstoffe** in allen Qualitäten zu **Reduzierten Preisen.** **Berlin S., Emil Lefèvre,** Craniestr. Nr. 158. **5 1/4 Pfd. Brot 50 Pf.** **H. Albrecht's Bäckerel** Brauereistr. 9. Krausstr. 19. **Faldenfeinstr. 28. Bäckerstr. 19.**

Deutscher Porter Defert- u. Wollstr. 11. Rang. Brauerei **Burgolier,** gegr. 1736. **Besond. für Blut-arme, Brustkrank, Bleich, Wöden, Nerven u. d. leicht bekömmel. nahrhaft, kräftigste Bier.** — In Flaschen, best. des. Geschäft. u. **Gewichtsmessung.** **aberr. 14 Pf. drei, 50 zehn Pf. erstl. In Geb. 1/2, 1/4, 1/6 zum Selbstbed. wesentlich billiger.** **Allein-Vertrieb für Berlin u. Prov. Vorverkaufsstelle: Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152.** **Herner gr. Lager von echt engl. Porter und Pilsener-Bier. Nicht Flaschenzahl, Dual. entscheidet!**

Dr. med. Schaper, prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Gant-, Gant-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** Ser. 9-1-4-8 **Schöneberger Ufer 25.** **Homöopath. Poliklinik:** Montag, Mittwoch, Sonnabend 10-7-8. **Friedrichstraße 114. I. (690L*.)**

Dr. Simmel Moritzplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts. **Spezialarzt f. Gant u. Gantleiden.** 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4* **Arbeitsmarkt.** **Achtung, Holzarbeiter!** Bei der Firma **Fork, Kretschmar & Co.** **Barnimstr. 13,** (Wagenstr. Yamowig-Str.), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. **Zuzug fernhalten!** Die **Ordnungsverwaltung.** 108

Redakteur-Gesuch. Parteilicht Thüringens sucht per 1. April zweiten Redakteur. **Herren** mit Angabe höherer Tätigkeit und Gehaltsansprüchen an die Exped. d. Bl. erbeten. 6782* **Wäschepfefferinnen,** sehr saubere Arbeiterinnen, bei hohem Lohn verlangt. **Wittkopff, Neue Hofstr. 54.** **Stepperinnen** und **Handnäherinnen,** nur tüchtige, verlangt bei hohem Lohn. **Klein, Brunnenstr. 193.** **Wäsche.** Näherinnen, in und außer dem Hause, verlangt. **Gebrüder Ruben, Poststr. 9.** **Plätterinnen** auf **Damenhemdblousen, Stickerkleider** und **Wäschechen,** verlangen außer dem Hause **Fischbein & Mendel,** Poststr. 82. 135 **Mamselle,** a. verschürzte Kostüme, verl. Fr. 200 abt. **Wittkopff, 69, II.**

Redakteur-Gesuch. Parteilicht Thüringens sucht per 1. April zweiten Redakteur. **Herren** mit Angabe höherer Tätigkeit und Gehaltsansprüchen an die Exped. d. Bl. erbeten. 6782* **Wäschepfefferinnen,** sehr saubere Arbeiterinnen, bei hohem Lohn verlangt. **Wittkopff, Neue Hofstr. 54.** **Stepperinnen** und **Handnäherinnen,** nur tüchtige, verlangt bei hohem Lohn. **Klein, Brunnenstr. 193.** **Wäsche.** Näherinnen, in und außer dem Hause, verlangt. **Gebrüder Ruben, Poststr. 9.** **Plätterinnen** auf **Damenhemdblousen, Stickerkleider** und **Wäschechen,** verlangen außer dem Hause **Fischbein & Mendel,** Poststr. 82. 135 **Mamselle,** a. verschürzte Kostüme, verl. Fr. 200 abt. **Wittkopff, 69, II.**

Soeben beginnt neuer Jahrgang: **IN FREIEN STUNDEN** **ILLUSTRIRTE ROMAN BIBLIOTHEK 3-JÄHRIG HEFT 10 PFENNIG** **DIE TOCHTER DES SUDENS**

Zu besorgen durch alle Colporteurs und Spediteure. **Unsern Sangesbruder August Zoschke** ein dreimal donnersdes Hoch. **Die Sangesbrüder d. Arbeiter-Gesangsvereins Vorwärts I. Süd-Ost.** **Sozialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.** Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Genosse Julius Brüss,** **Steinstr. 17, am 8. d. Mt. verstorben** ist. Die Beerdigung findet am **Mittwoch, Nachm. 3 Uhr,** von der Leichenhalle der **Friedensgemeinde (Nieder-Schönhausen)** aus statt. **Zahlreiche Erscheinungen erwünscht.** **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der **Kollege, Stellmacher Julius Brüss** am **Sonntag, den 8. d. Mt., verstorben** ist. Die Beerdigung findet am **Mittwoch, Nachm. 3 Uhr,** von der Leichenhalle in **Nieder-Schönhausen, Halle 9,** aus statt. **Um rege Beteiligung ersucht** **Die Ordnungsverwaltung.** **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Tischler u. d. Verwesigen.** (G. S. 85, Hamburg), **Stiliale B.** **Kum 6. Januar verstorben unser Mitglied** **Karl Heinrich.** Die Beerdigung findet am **Dienstag, den 10. Januar, Nachmittags 1 1/2 Uhr,** von der **Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen** aus statt. **Der Vorstand.** **J. A.: A. Hofmann,** Besoldungsrichter. **Statt jeder besonderen Meldung!** Am **Freitag, Abends 10 1/2 Uhr,** entschlief nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser lieber Vater, **Großvater und Urgroßvater, der Schneidermeister Heinrich Hellwig.** Die Hinterbliebenen Familien: **Hellwig, Lippert, Quastenberg.** Die Beerdigung findet heute **Nachmittags 3 Uhr** von der **Leichenhalle des Philippus-Apothekenhofes** aus statt. **Dankagung.** 75 **Im Namen der Hinterbliebenen** sage ich **hiermit allen Freunden und Bekannten,** sowie dem **Chef und dem Personal der Star-Printing-Office** für die **zahlreiche Teilnahme und Kranzspenden** bei der **Beerdigung meines lieben Vaters** sage ich **hiermit meinen herzlichsten Dank.** **Wwe. Franz. Krösch,** geb. Tille, **nebst Sohn.**

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von **6782*** **Robert Meyer,** No. 2. Mariannenstr. No. 2. **Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballschmuck, Bouquets** etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert. **Die beliebtesten Kränze** gegen **Freu. Garimann,** Poststr. 12a, nehme ich **hiermit zurk.** 168 **Carl Zeitrit,** **Wilmersbinderstr. 75** **Wir erlassen Ernst Tiedeme** für einen **ehrenhaften Mann.** 30 **G. und Frau Schmeier.**